

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljahr 3.00 Mk., monatlich 1.00 Mk.,
 wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus,
 vorauszahlbar. Einzelne Heftnummern
 5 Pf. Sonntagsnummer
 mit Illustration 10 Pf. Die Neue
 Welt 10 Pf. Postbezug: Monatlich
 1.50 Mk. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2.00 Mk., für das übrige Ausland 4 Mk.
 monatlich. Postbestellungen nehmen
 an Dänemark, Holland, Luxemburg,
 Schweden u. die Schweiz, eingetragen
 in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse.
 Erscheinung täglich.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Der Anzeigenpreis
 beträgt 1. die nebengehaltene Kolon-
 nentabelle 50 Pf. „Kleine Anzeigen“,
 das festgedruckte Wort 20 Pf. (zu-
 lössig 2 festgedruckte Worte), jedes
 weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeigen
 und Schulstellenanzeigen das erste
 Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf.,
 Worte über 15 Buchstaben zahlen für
 zwei Worte. Feuerungsanschlag 20 Pf.,
 Familien-Anzeigen 50 Pf.,
 politische u. gewerkschaftliche Verleihen-
 Anzeigen 40 Pf. die Zeile. Anzeigen
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmitt. im Hauptgeschäft,
 Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3, ab-
 gegeben werden. Größter von 5 Uhr
 früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3. Freitag, den 5. Oktober 1917. Expedition: S.W. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90—151 97. Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90—151 97.

Englischer Grossangriff in Flandern.

Die Schlacht in Flandern neu entbrannt — Starker französischer Angriff bei Samogneux zusammengebrochen.

Amlich. Großes Hauptquartier, 4. Oktober 1917. (B. Z. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Deeregruppe Kronprinz Rupprecht.
 Die gestrige Kampftätigkeit des Feindes in Flandern gleich der an den Vortagen: Tief in das Gelände hinter unseren Stellungen reichendes und auf die belgischen Ortschaften gerichtete starkes Störungsfeuer, gegen einzelne Abschnitte unserer Kampfzone in der Mitte der Schlachtfrent zu heftigster Wirkung in Feuerhöhen zusammengefaßt.
 Die Nacht hindurch hielt vom Houthouster Walde bis zur Lys der gewaltige Artilleriekampf unvermindert an; heute morgen steigerte er sich zum Trommelfeuer.
 Mit dem Einsetzen starker englischer Angriffe im Bogen um Ypern ist die Schlacht in Flandern von neuem entbrannt.

Bei den anderen Armeen war infolge schlechter Beobachtung die Geschütztätigkeit insbes. auf ein geringes Maß beschränkt; erst gegen Abend lebte sie auf.

Deeregruppe Deutscher Kronprinz.
 Auf dem Hügel der Waas fechte bei Einbruch der Dunkelheit schlagartig härtestes Feuer an der Höhe 344, östlich von Samogneux, ein. Tiefgegliedert brachen die Franzosen bald darauf zum Angriff vor, um die von uns dort gewonnenen Stellungen zurückzuerobern. Der Angriff brach in der Abwehrwirkung unserer Artillerie und an der zähen Widerstandskraft der Württemberger verlustreich und ergebnislos zusammen.
Deeregruppe Herzog Albrecht.
 Lebhafteste Artilleriekämpfe entspannen sich zeitweilig dicht westlich der Waas und im Sundgau; Angriffe erfolgten dort nicht.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Bei Jakschadt, Dänaburg und am Jbrucz sowie am Donau-Knie bei Galatz nahm die Feuerfähigkeit vorübergehend zu; Erkundungsgesichte verliefen an mehreren Stellen für uns erfolgreich.

Mazedonische Front.

Die Lage ist unverändert.
 Der Erste Generalquartiermeister, Lubcuborski.

Abendbericht.

Berlin, 4. Oktober 1917, abends. Amlich.
 Auf dem Schlachtfeld in Flandern sind die Engländer auch bei dem heutigen Großangriff nur etwa einen Kilometer tief in unsere Abwehrzone zwischen Poelkappelle und Gheluveit eingedrungen. Besonders erbittert wird noch östlich von Zonnebete und westlich von Beclacere gekämpft.
 Von den anderen Fronten ist nichts Besonderes gemeldet.

Der österreichische Bericht.

Wien, den 4. Oktober 1917. (B. Z. S.) Amlich wird verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz und Albanien.

Unverändert.
Italienischer Kriegsschauplatz.
 Die Kämpfe im Gabriele-Abschnitt ließen gestern nach. Der Vortag hat uns 6 italienische Offiziere, 207 Mann und 2 Aerzte als Gefangene eingebracht. Unsere Flieger schossen 3 feindliche Flugzeuge ab.
 In der Tiroler Front keine besonderen Ereignisse.
 Der Chef des Generalstabes.

Die neue Schlacht in Flandern.

Berlin, 4. Oktober. Am 3. Oktober gelang es und, trotz härtester feindlicher Gegenwirkung unsere vorberstete Linie an der Strafe Neun-Ypern vorzurücken. — Die Engländer setzten den Tag über ihre planmäßigen Trommelfeuerüberfälle auf unseren Stellungsbogen um Ypern fort, die sich gegen abend zwischen Poelkappelle und Sandvoorde zu stärkstem Feueranstoß steigerten. Besonders planmäßiger Beschuß richtete sich gegen Zonnebete. Auch während der Nacht hielt vom Westrande des Houthouster Waldes bis zur Lys, besonders östlich Ypern, härtestes Feuer an, das am 4. Oktober 5 Uhr 45 Minuten vormittags auf der ganzen Front Mangelware bis zum Kanal von Hollebete schlagartig in wilden Feuerwirbel überging und ununterbrochen in größter Stärke andauerte. Hier erfolgte am frühen Morgen der erwartete neue feindliche Großangriff gegen den Ypernbogen. Die Flandernschlacht ist wieder in vollem Gange. — Auch östlich des Kanals von Hollebete bis zur Deule steigerte sich die Feuerfähigkeit.

Bei lebhafterem Feuer an der Front wurden nordöstlich Vermelles und südlich Ronchy starke feindliche Patrouillen unter blutigen Verlusten für den Feind abgewiesen. Stärkeres Feuer in Gegend St. Laurent verurteilte in der Stadt neue Brände. An der Waasfront steigerte sich gegen abend das Feuer an der Laissa-Gle und in Gegend Braye zu zeitweiser großer Heftigkeit. In Gegend Braye führten unsere Patrouillen, die bis zum zweiten feindlichen Graben vorgebracht waren, mit Gefangenen zurück. Auch südöstlich Reims brachten wir Gefangene ein.
 Westlich der Waas blieb nach den abgeschlagenen zahlreichen feindlichen Gegenangriffen das feindliche Feuer lebhaft und steigerte sich von 8.30 Uhr abends zu größter Stärke. Hierauf erfolgten wiederum starke Angriffe des Gegners in tiefgegliederten Wellen gegen unsere dortigen neugewonnenen Gräben. Sie wurden im Sverr- und Maschinengewehrfeuer unter schwersten Verlusten abgewiesen. An einer Stelle vorübergehend eingedrungenen Feind wurde in sofortigem Gegenstoß geworfen. Die Stellung ist restlos in unseren Besitz. Die Zahl der Gefangenen, die in unserer Hand blieben, hat sich auf 170 erhöht. Die Verluste des Feindes sind außerordentlich schwer.

Der Mehrheitswille der demokratischen Konferenz.

Petersburg, 4. Oktober. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Vorsitzende teilte mit, daß das durch Vertreter der verschiedenen Parteien verstärkte Bureau die gestellte Aufgabe verwirklicht habe, eine Höchstmengen von Stimmen zu vereinigen, um die Einheit des demokratischen Willens zum Ausdruck zu bringen. Die Einzelteil verlas den Bericht darüber, in dem die gemeinsamen Grundzüge ausgearbeitet sind, welche von der großen Mehrheit der Konferenz

angenommen werden können. Er schlug im Namen des Bureaus folgende Entschlieung vor:

Es ist unumgänglich notwendig, eine starke revolutionäre Regierungsgewalt zu schaffen, die das Programm der Moskauer Konferenz vom 27. August ausführt und eine aktive Politik zur Verwirklichung des allgemeinen Friedens zu verfolgen. Ferner vor der Zusammenberufung der Verfassungsgebenden Versammlung die Verantwortlichkeit der Regierung vor einem den Willen des Volkes widerspiegelnden repräsentativen Organ zu verwirklichen. Außerdem aus der Mitte der demokratischen Konferenz heraus ein pändiges Organ zu schaffen, das an der Bildung der Regierungsgewalt auf den erwählten Grundlagen mitzuarbeiten hat. Wenn die bürgerlichen Elemente in die Regierung eintreten, ist es unumgänglich nötig, das repräsentative Organ durch bürgerliche Vertreter zu vervollständigen, die sich notwendigerweise in der Minderheit befinden. Die Regierung wird dem oben erwähnten Organ gegenüber verantwortlich sein. Die Konferenz beauftragt das Bureau, fünf Mitglieder zur unverzüglichen Verwirklichung der Bildung der Regierungsgewalt auf den angegebenen Grundlagen zu ernennen.

Auf den Vorschlag des Vorsitzenden beschloß die Versammlung einstimmig, die Debatte nicht wieder zu eröffnen. Die Konferenz nahm die erwähnte Entschlieung mit 829 gegen 106 Stimmen an.

Petersburg, 4. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Nach den letzten Nachrichten ist der Konflikt zwischen dem Marineministerium und dem Hauptauschuss der Flotte infolge Eingreifens des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrats beigelegt worden.

U-Boot-Erfolge.

Berlin, 3. Oktober. Amlich. Neue U-Boot-Erfolge im Kermel-Kanal und in der Nordsee: Vier Dampfer, ein Segler, ein Fischereifahrzeug, darunter drei bewaffnete Dampfer und der neue englische Segler Independence. Von den drei bewaffneten Dampfern fuhr einer unter französischer Flagge, ein anderer war vom Aussehen des englischen Dampfers Kendal Castle (3885 Br.-Reg.-T.) Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Der Arbeitsplan des Reichstags.

Am Freitag wird der Nachtragset im Plenum zur Verhandlung gelangen. Am Samstag findet die Beratung der beiden Interpellationen statt; Montag und Dienstag sind in Aussicht genommen für die Debatte über die auswärtigen Angelegenheiten und die vom Haushaltsauschuss gefassten Resolutionen. Am Mittwoch finden dritte Lesungen statt. An diesem Tage dürfte der Reichstag voraussichtlich wieder vertagt werden.

Staatszuschuß für Lebensmittel.

Von Robert Schmidt.

Auf dem Lebensmittelmarkt bereitet sich wieder eine Steigerung der Preise fast aller notwendigen Verbrauchsartikel vor. Die Erhöhung der Weizen- und Roggenpreise und die Weitergewährung der Frühdruschprämie von 60 Mk. für die Tonne haben natürlich zur Folge, daß dieser erhöhte Preis in einem Aufschlag der Brotpreise den Konsumenten zum Bewußtsein kommen wird.
 Die weitere Folge ist, daß, da auch für Safer und Gerste die gleiche Vergünstigung dem Landwirt geboten ist, für Graupen, Griech und Teigwaren die Preise entsprechend erhöht werden. Die Kartoffelpreise erhöhen sich von 4 Mk. im vorigen Jahr auf 5 und 6 Mk. für den Erzeuger, dazu treten ähnlich wie beim Roggen noch besondere Aufschläge für die Mengen, die bis zum 15. Dezember abgeliefert werden, so daß mit einem Kleinhandelspreis von 9 bis 10 Mk. und darüber pro Zentner zu rechnen ist. Erhöht werden die Preise für Butter, für Zucker und dazu kommt die hohe Preislage für Gemüse, Konserven. — kurz, der ganze Haushalt hat abermals mit einer sehr unangenehmen Steigerung der Ausgabe zu rechnen.

Diese Preiserhöhungen sind trotz aller sehr energischen Einwände von unserer Seite immer wieder im Kriegs-ernährungsamt zum Durchbruch gekommen, wir leben mit einiger Besorgnis dem Zustand entgegen, der sich im Haushalt der Minderbemittelten einstellen muß. Dieser Zustand ist unhaltbar, es muß zugunsten der Minderbemittelten eine Unterstützung einsehen, die die Konsumfähigkeit der ärmeren Volksschichten aufrechterhält. Da den Preistreibern von der Regierung kein Widerstand geboten wird, so müssen wir mit aller Entschiedenheit fordern, daß die Regierung den Weg wählt, den bereits andere Staaten beschritten haben, und zwar müssen die Preise für die minderbemittelten Volksschichten durch Beihilfen, die der Staat gewährt, herabgedrückt werden. Dabei ist die Form der Unterstützung abzulehnen, wonach aus öffentlichen Fonds an die Minderbemittelten doch im wesentlichen in der Form von Almosen Zuwendungen gemacht werden, sondern es muß durch direkte Subvention eine Herabsetzung der Preise herbeigeführt werden.

Sehr beachtenswert ist das Beispiel der Schweiz. Dort werden der ärmeren Bevölkerung bei der Abgabe von Milch und Brot Zuschüsse gewährt. Men für die Milchabgabe hat die Schweiz in den ersten drei Monaten dieses Jahres 1 Million Frank aufgewendet, und der billige Bezug des Brotes kam im August d. J. 620 000 Personen zugute. Auch England, Frankreich und Italien müssen die hohen Preise für ausländischen Weizen aus der Staatskasse decken, damit der Brotpreis in mäßiger Höhe gehalten wird. Bei der gegenwärtigen Preislage der rationierten Lebensmittel wird die Regierung die Belastung, die für die ärmeren Volksschichten so außerordentlich hart und schwer wird, durch Zuwendungen mildern müssen. Wenn man keine Bedenken trägt, allein durch Frühdruschprämie und die besonderen Aufschläge für Kartoffeln der Landwirtschaft ungefähr 400 Millionen zuzuwenden, dann mag das Reich diese besonderen Aufwendungen decken. Vielleicht kommen wir dann dazu, daß in der Reichsverwaltung mit mehr Gefühl der Verantwortung die Preispolitik betrieben wird. Wir haben bereits bei der erhöhten Fleischration in diesem Jahre diesen Staatszuschuß eingeführt. Sollen wir nicht bei der gegenwärtigen Preispolitik unsere Bevölkerung in schwere Bedrängnis bringen, muß der Weg weiter beschritten werden.

Wir verkennen nicht, daß grundsätzlich hiergegen erhebliche Bedenken geltend gemacht werden können; es ist kein angenehmes Gefühl, daß für die Landwirtschaft, die während des Krieges hohe Gewinne erzielte, direkte Staatszuschüsse gewährt werden. Aber es gibt leider kein anderes Mittel, um, wenn die Preispolitik nicht geändert wird, die Wirkung einer solchen verkehrten Politik auf die großen Volksmassen abzuwenden. Der Haushaltsauschuss hat sich in der Sitzung am 1. Oktober mit dieser Frage beschäftigt; Anlaß bot ein sozialdemokratischer Antrag, der verlangte, daß die besonderen Zuwendungen für den Frühdrusch des Brotgetreides und die zeitige Anlieferung der Kartoffeln vom Reich getragen werden. Der Antrag gelangte einstimmig zur Annahme, und vom Reichschatzamt ist die Zusage erteilt, daß dem Verlangen entsprochen werden soll.
 Weniger befriedigend ist der zweite Teil des Antrages erledigt, der forderte, daß weiter für alle wichtigen Nahrungsmittel eine Preisfrenkung durch Zuschüsse des Reichs für die Minderbemittelten herbeigeführt wird. Der Haushaltsauschuss hat sich nicht grundsätzlich ablehnend zu der Frage verhalten, aber er hat entsprechend einem konservativen Antrage

beschlossen, daß zu diesen Kosten auch die Gemeinden beizutragen haben. Bei der Heberlastung der Gemeinden wurde den sozialdemokratischen Vertretern hiergegen Einspruch erhoben, da das Reich der Träger der Lasten des Krieges sein muß. Aber nach Ablehnung unseres Antrages mußten wir im Interesse der ärmeren Volksschichten auch für den konservativen Antrag stimmen. Da vom Reichsschatzamt grundsätzlich kein ablehnender Standpunkt eingenommen wurde, läßt sich erwarten, daß dem Wunsche des Reichslages entsprochen wird.

Der Erfolg, den die sozialdemokratische Fraktion mit ihrer Forderung zu verzeichnen hat, ist von großer Bedeutung und es wird weiter die Aufgabe der Partei sein, nunmehr auf eine recht schnelle Durchführung des Verlangens zu drängen.

Churchill gegen Frieden.

Churchill, der unentwegt Kriegswillige, erklärte vorben in einer Rede, es sei „jetzt keine Zeit, um über den Frieden zu reden“, und es wäre ein „furchtbarer Fehler, Frieden zu schließen, bevor unsere Ziele erreicht“ seien. Nur wenn die Deutschen durch eine Niederlage den Glauben an ihr Regierungssystem verlieren und durch Selbstbefreiung zu einer Nation mit den Freiheiten der Demokratie wiedergeboren würden, glaube Churchill, daß der Friede kommen wird, der ein wirklicher Friede auf dauernden Grundlagen und nicht bloß ein Zwischenstadium sein werde. Komme ein unzufriedenender Friede, so werde England „niemals ruhig“ sein, und auch Amerika werde nicht ruhen, ehe eine endgültige Entscheidung erreicht sei. Churchill mahnte zum Durchhalten, erklärte, England sei noch imstande, jede Schwierigkeit zu überwinden, und sagte dann über die Kriegslage:

Das Ereignis der letzten fünf, sechs Monate ist die erfolgreiche Befreiung der U-Boot-Kampagne. Es ist zu früh zu sagen, daß der U-Boot-Krieg überwunden ist. Wir wissen nicht, in welcher neuen Form er etwa erneuert werden wird oder wie bald Gegenmaßnahmen wegen solcher neuen Form wirksam werden können. Aber es ist nicht zu früh zu sagen, daß der zweite große U-Boot-Krieg gegen diese Infeln in Schach gehalten und sogar abgebrochen worden ist. Unsere Vorräte an Lebensmitteln sind jetzt größer, als im Anfang des Krieges und unser Produktionsvermögen hat zugenommen. Im nächsten Jahre werden unsere Vorräte, falls der Krieg fort dauert, was Gott verhüte, größer und besser ausgestattet sein, wie je. Wir sind voller Vertrauen, aber auch die Deutschen sind es. Sie machen ihre zweifelhaften Küsteneingriffe nicht ohne Grund, denn sie wissen, die Briten sind der Hauptfaktor im Kriege, sie wissen, daß unsere Macht nicht gebrochen werden kann und daß sie nur wachsen wird.

Churchills Rede ist ein Zeichen, daß die Kriegsmüdigkeit auch in England ein Faktor geworden ist, mit dem die Staatslenker rechnen müssen.

Die Fliegerangriffe auf deutsche Städte.

Amlich, Berlin, 4. Oktober. In der Nacht vom 2./3. Oktober haben feindliche Flieger in zahlreichen Flügen Angriffe auf das deutsche Heimatgebiet versucht. Irgendwelche Ergebnisse haben die Angriffe nicht gezeigt. Ein feindliches Flugzeug kam bis in die Gegend von Stuttgart und warf über Feuerbach 6 Bomben ab, die geringen Sachschaden, aber keine Verluste verursachten. Die offene Stadt Frankfurt am Main wurde von etwa 10 Fliegern angegriffen, die aus südlicher und westlicher Richtung anflogen. Die meisten der abgeworfenen Bomben fielen wirkungslos außerhalb der Stadt nieder. Im Stadtbereich wurden bisher 13 Einschlagstellen gezählt. Die Bomben fielen meistens auf Straßen und offene Plätze. Der angerichtete Sachschaden ist gering; 5 Personen wurden leicht verletzt, Tote sind nicht zu beklagen. Das lothringische Industriegebiet wurde von zahlreichen Angreifern heimgesucht, die jedoch wie gewöhnlich, dank unserer gut durchgeführten Abwehrmaßnahmen, nur wenig Erfolg hatten. — Bis in die Gegend von Dortmund und vorzubringen, gelang wiederum nur einem feindlichen Flieger. Er warf dort auf die Bahnstrecke Dorfeld-Dortmund-226 6 Bomben ab, die den Bahndamm beschädigten. Bei diesem Angriff wurde eine Person getötet. Zeigt der Angriff auf das westliche Industriegebiet erneut, welchen Wert die Gegner auf die Vernichtung dieses Hauptzweiges unserer wirtschaftlichen Stärke legen, so zeigt er andererseits, daß der Heimat das von unserem Heer gehaltene feindliche Gebiet auch gegen Luftangriffe Schutz und Bollwerk ist.

Amlich, Berlin, 4. Oktober. Angriffe einzelner feindlicher Flieger (in der Nacht vom 2./3. Oktober) richteten sich auch gegen Rastatt, Baden-Baden und Tübingen. Auf die beiden ersten Orte fielen drei Bomben. Sie richteten glücklicherweise nirgends Unheil an, außer in Tübingen, wo durch zerbrochene Fensterscheiben einiger Sachschaden entstand. Welchen Zweck die Franzosen mit diesen Angriffen auf offene deutsche Städte verfolgen, ist nicht ersichtlich. In Rastatt befinden sich keine militärischen Ziele. Die Angriffe auf Baden-Baden und Tübingen können vollends nur als Ausfälle roher Zerstörungssucht betrachtet werden. Die Heilstätten des Kurortes Baden-Baden und die Kliniken der Universitätsstadt Tübingen sind belegt mit zahlreichen Schwerverwundeten, die dort von ihren Verwunden Erholung suchen. Daß Angriffe auf weit hinter der Front befindliche Lazarette eine militärische Notwendigkeit sind, dürfen auch die Franzosen nicht zu behaupten wagen. Durch derlei Missetaten kann der Wille zum Durchhalten im deutschen Volke nur geschwächt werden.

Amlich, Berlin, 4. Oktober. Eines der feindlichen Flugzeuge, die in der Nacht vom 2./3. Oktober Frankfurt angegriffen haben, wurde auf dem Rückzuge durch unsere Abwehrmaßnahmen zur Landung gezwungen. Der Inasse war ein Marechal de Logis. Das Flugzeug ist der Sowjeth-Einricher Nr. 128 mit einem 130 PS. Clerget-Hausauf-Motor.

Berlin, 4. Oktober. Wolffs Bureau teilt mit: Der Einspruch Paris vom 1. Oktober, 4 Uhr nachmittags meldet: „Als Vergeltung für die deutschen Fliegerangriffe auf die offene Stadt Warle-Duc warfen zwei französische Flugzeuge in der Nacht vom 30. September zum 1. Oktober auf die besetzte Stadt Stuttgart Bomben ab.“ Dieser Satz stellt in seinen beiden wichtigsten Punkten die Wahrheit auf den Kopf. Erstens ist Warle-Duc ein berechtigtes Ziel militärischer Angriffe, da es Truppen in Ruhe als Unterquartier dient und eine Hauptetappe für die französische Armee darstellt. Zweitens ist Stuttgart keine besetzte Stadt, sondern eine offene Stadt ohne jede militärische Bedeutung. Der Fliegerangriff gegen Stuttgart kann also nichts als die Schädigung friedlicher Bürger und bürgerlichen Eigentums bezwecken.

Frankösischer Heeresbericht vom 3. Oktober nachmittags. Unsere Flugzeuge brachten in der Nacht vom 1. zum 2. und während des 2. Oktober den Bahnhof Freiburg (Br.), die Fabriken von Birmingen und Hostenbach und die Bahnhöfe von Brissalles, Longuyon, Rey, Wappingen, Arnawille, Metzères-lez-Mey, Diebenhofen und Saar-

burg, 7000 Kilogramm Bomben wurden im Laufe dieser verschiedenen Unternehmungen abgeworfen. Als Vergeltung für die Beschädigung von Warle-Duc warfen zwei unserer Flugzeuge mehrere Bomben auf die Stadt Baden-Baden.

Kriegsschauplatz in Mesopotamien.

Eine Schlacht bei Ramadie.

Englischer Bericht vom 1. Oktober. Wir griffen eine vorgezeichnete Stellung bei Ruschid, vier Meilen östlich von Ramadie, am Freitag an. Nach der Besetzung des Rückens von Ruschid griffen wir die Hauptstellungen in der Gegend von Ramadie von Südosten her an. Gleichzeitig bewegte sich unsere Kavallerie in einem weiten Bogen westlich um die Stadt. Nach einem schweren Kampfe, der den ganzen Tag dauerte, wurden die Hauptstellungen rings um Ramadie östlich, südöstlich und südlich eingenommen. Zwei Meilen von der Stadt schloß die Kavallerie die Truppenkette zu Lande, während im Korben der Euphrat an der Stadt vorbeifließt. In der Nacht verlor der Feind einen Ausfall nach Westen, aber die Kavallerie trat ihm entgegen. Bei Tagesanbruch wurde der Angriff wieder aufgenommen. Am Sonnabend um 9 Uhr vormittags ergab sich der Feind überall. Wir erbeuteten Geschütze, Waffen, Munition, viel Kriegsgerät und machten mehrere Tausend Gefangene, darunter Kamed bei seinem Stabe. Der Feind wurde vollkommen überrascht. Fast die ganze Besatzung von Ramadie fiel in unsere Hand. Unsere Truppen legten große Tapferkeit, Entschlossenheit und Ausdauer unter den schwierigsten Bedingungen an den Tag. Eine andere Abteilung aus Bagdad begranete Donnerstag nachts Kavallerie. Es kam zu einem schweren Scharmügel, in dem wir dem Feinde Verluste zufügten, vier Mann gefangen nahmen und 300 Kamele erbeuteten.

Wegen der starken Ausdehnung des Gebietes, auf dem der Kampf bei Ramadie stattfand, ist es zurzeit noch nicht möglich, eine endgültige vollständige Liste unserer Beute zu geben. Wir haben indessen 13 Geschütze und 12 Maschinengewehre genommen. Etwa 200 getödete Türken sind beerdigt worden und ungefähre 600 verwundete und 200 unverwundete Gefangene, darunter 200 Offiziere, sind in unsere Hand gefallen. (Die Meldung ist nach amtlichen türkischen Berichten stark übertrieben.)

Kleine Kriegsnachrichten.

Die Londoner Cyster der Luftangriffe. Aus einer von Reuters veröffentlichten Gegenüberstellung von Verlehrsunfällen, bei denen Personen zu Schaden kamen, mit den durch Luftangriffe verursachten Unfällen geht hervor, daß von Januar bis Oktober d. J. im Polizeibezirk London durch Luftangriffe 191 Personen getötet und 749 Personen verwundet wurden.

Die Presse der Bolschewiki. Wie die neueste Nummer der „Auslands-Pravda“ mittelt, verfügen die Bolschewiki trotz aller Verbote und Unterdrückungsmaßnahmen gegenwärtig in Rußland über 17 bolschewistische Tagesblätter. Ihr Petersburger Organ hat schon fünfmal den Namen wechseln müssen und heißt jetzt „Rabotitschij Bil“ (Der Weg des Arbeiters). Lenin und Zinowjew arbeiten ständig an ihm mit. Beweis genug, daß sie niemals seit ihrer Rückkehr nach Rußland Petersburg verlassen hätten.

Reichstag.

120. Sitzung, Donnerstag, den 4. Oktober, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: Helfferich, Graf Koeborn. In den Interpellationen der Sozialdemokraten betreffend Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts und betreffend Agitation durch Sogeseigte im Heere zugunsten alldemokratischer Politik erklärte Staatssekretär Helfferich die Bereitschaft des Reichslanzlers, sie am Sonnabend zu beantworten. — Der Gesetzentwurf zur Vereinfachung der Rechtspflege wird debattelos einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen. Hierauf wird die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die

Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte fortgesetzt.

Abg. Schiele (L.) begrüßt die Vorlage. Den sozialdemokratischen Antrag, die Beihilfen nur als Darlehen zu gewähren, soweit sie den Friedenswert übersteigen, müssen wir ablehnen, er würde die Vorlage zu sehr belasten. Auch den weiteren Antrag der Sozialdemokraten, den Reichsausschuß aus 9 Mitgliedern bestehen zu lassen, davon drei der Reichstag ernennen soll, können wir nicht annehmen. Dagegen werden wir dem sozialdemokratischen Antrag, bei Berechnung der Steuer die Nebenvergütung in Anrechnung zu bringen, zustimmen. Nicht zustimmen dagegen können wir dem Zentrumsantrag, nach dem noch einem Reichsgesetz vorbehalten werden soll, ob und in welcher Höhe das Reich an den Gewinnen der auf Grund dieses Gesetzes hergestellten Schiffe zu beteiligen ist und ob hinsichtlich der Verwendung dieser Schiffe Beschränkungen notwendig sind. Eine Nation ohne Schifffahrt ist wie ein Vogel ohne Flügel. Hoffentlich wird der deutsche Adler bald wieder imstande sein, trotz aller englischen Rationierungen seine Flügel zum Flug in die Höhe zu recken. (Bravo! rechts.)

Abg. Alpers (D. Fr.) stimmt ebenfalls der Vorlage zu und bringt im Laufe seiner Ausführungen das Bedauern seiner Freunde über

das „unqualifizierbare Verhalten“ des Grafen Ruzburg zum Ausdruck (Bravo! l.), daß uns fast in den Krieg mit Argentinien und so zu weiteren schweren Verlusten der Handelsflotte gebracht hätte.

Abg. Henke (L. S.):

Die Ausführungen des Abgeordneten Schumann beweisen, daß zwei Seelen in der Brust der Sozialdemokratie dieser Vorlage gegenüber wohnen. Abg. Schumann ist in der Kommission mit Empfinden für die Vorlage eingetreten, auch als er ihre Tragweite noch gar nicht hatte prüfen können. Unbegreiflich ist mir, wie er sich der Hoffnung hingeben konnte, daß die Interessen der Seeleute in Zukunft mehr gewahrt werden würden. Den Antrag der Sozialdemokraten in bezug auf die Darlehen lehnen wir ab. Abg. Schumann hat erklärt, seine Freunde würden bei Ablehnung dieses Antrages sich die endgültige Stellung zu der Vorlage vorbehalten, d. h. also doch wohl gegen die Vorlage stimmen. Da wir nun wünschen, daß die Vorlage abgelehnt wird, so stimmen wir gegen den Antrag (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Gerade die Reeder sind die kapitalistischsten und internationalsten Kapitalisten. Der norddeutsche Lloyd und die Dapag sind die stärksten Kapitalisten auf dem ganzen Erdball und denen will man mit solchen Beihilfen ein Geschenk machen! Ein wie glänzendes Geschäft das für diese Leute ist, beweist die Steigerung ihrer Kurse an der Börse. Mit Subventionen kann man eine Handelsflotte nicht ins Leben rufen. Subventionen fördern nur den Konkurrenzkampf. Wir können aus allen diesen Gründen der Vorlage nicht zustimmen, (Bravo! d. u. L. Soz.)

Die Debatte schließt: § 1 und § 2 werden angenommen. Bei § 3 bemerkt

Abg. Waldheim (Sp.) bemerkt gegen den Abg. Henke, die Reeder könne man unmöglich eine starke Kapitalistengruppe nennen. Keine andere Gruppe habe solche Verluste durch den Krieg erlitten wie die Reeder. Den Antrag des Zentrums zu diesem Paragraphen kann man nicht annehmen. Man kann nicht ins Gesetz hineinschreiben, es bleibt einem späteren Gesetz vorbehalten,

ob und wie hoch das Reich an den eventuellen Gewinnen zu beteiligen ist. Wir beantragen daher eine Fassung, die den Grundgedanken enthält: was die Reederellen über 6 Proz. an den auf Grund dieses Gesetzes gebauten Schiffen verdienen, muß das Reich zurückerhalten werden. Ohne eine solche Bestimmung können wir das Gesetz nicht verabschieden.

Unterstaatssekretär Dr. von Jonquierres: Geschenke sollen den Reedern nicht gemacht werden. Die Behauptung des Abg. Henke aber, daß die Reeder große Gewinne gemacht haben und eine Gruppe von Großkapitalisten sind, ist durchaus irrtümlich. Auch der Antrag des Abg. Waldstein ist nicht annehmbar. Der Hauptzweck des Gesetzes ist, daß möglichst schnell Schiffe gebaut werden.

Abg. Stöwe (natf.): Das Gesetz bedeutet keineswegs ein Geschenk an die Reederellen, sondern es ist die notwendige Grundlage zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft. Wir brauchen die Handelsflotte, um die notwendigen Rohstoffe herbeizubringen.

Abg. Stadthagen (Unabh. Soz.) polemisiert gegen die Behauptung des Abg. Waldstein, daß die Sozialdemokratie 1885 für die Dampfersubvention gestimmt habe. Diese Behauptung war ebenso unklar, wie seine Behauptungen aus der Gegenwart über die Lage der Reeder. Tatsache ist, daß es sich hier um eine Milliarden-Vielesgabe für die Reeder handelt. (Sehr wahr! bei den Unabh. Sozialdemokraten.)

Abg. Veß (L.) bittet, es bei den gründlich durchgearbeiteten Beschlüssen des Ausschusses zu belassen.

§ 3 (Anrechnung der Beihilfen auf die späteren Entschädigungen) wird angenommen. Von den Zusatzanträgen wird nur der Antrag des Zentrums angenommen, eventuell später eine Beteiligung des Reiches an den Gewinnen der Reeder gezielte festzulegen.

Den Beihilfen soll der Wert der Schiffe am 31. Juli 1914 zugrunde gelegt werden. Wenn aber die Kosten der Wiederbeschaffung den Friedenswert übersteigen, sollen nach Zuschläge zu den Beihilfen gewährt werden können. Ein Antrag Absatz und Gebühren (Sp.), die Mindestsätze hierfür zu verändern, wird im Hauptentscheid mit 126 gegen 115 Stimmen abgelehnt.

Angenommen wird der Antrag Antrich und Genossen (Soz.), bei Berechnung der Steuer die Nebenvergütungen in Anrechnung zu bringen.

Der Rest des Gesetzes wird unter Ablehnung der dazu gestellten Änderungsanträge in der Fassung der Kommission angenommen, ebenso die von der Kommission beantragten Resolutionen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Nächste Sitzung: Freitag, 9 Uhr. (Kleine Anfragen. Nachtragssitzung.)

Schluß: 6 Uhr.

Der Verfassungsausschuß des Reichstags

stellte in der Sitzung am Donnerstag die Berichte der Abgeordneten Gröber und Haugmann fest. Der Teil des Berichts, der die ministerielle Gegenzeichnung bei der Ernennung der Offiziere behandelt, wurde auf Wunsch des erkrankten Abg. Gröber zurückgestellt. — Zur Geschäftsordnung stellt Abg. Müller-Weinigen die Anfrage, wie es mit dem zugesagten Gesetzentwurf betreffend

Berechnung der Reichstagswahlkreise stehe; in der Presse sei von dem Widerstand gesprochen worden, den verschiedene Bundesregierungen gegen diesen Gesetzentwurf leisten.

Ministerialdirektor Dr. Sewald erklärt: Der Bundesrat hat sich mit der Vorlage bisher noch nicht befaßt, aber in den Vorbesprechungen hat sich kein Widerspruch der Bundesstaaten gezeigt. Die Vorarbeiten sind im Gange und wir hoffen bestimmt, die Vorlage im Anfang des nächsten Jahres an den Reichstag bringen zu können.

Abg. Wagnitz (Sp.) stellt die Anfrage, ob die Regierung hinter der Freimeldung steht, daß die preussische Wahlrechtsvorlage nunmehr bestimmt Ende Oktober oder Anfang November eingebracht werden soll.

Dr. Sewald versucht zunächst Kompetenzabende zu gegen diese Frage zu erheben, die an die preussische Regierung zu stellen sei; so viel er wisse, sei die Zeitungsnachricht bald amtlich verbreitet. — Abg. Wagnitz weist den Kompetenzeinwurf zurück. Die Frage berührt die dem Ausschuß vorliegenden Wahlrechtsanträge. — Rummel erklärt Dr. Sewald, die Prellentwurf sei offiziell, die Regierung stehe dahinter. — Auf Wunsch des Ausschusses wird die preussische Regierung erlucht werden, in die nächste Sitzung einen Vertreter zu entsenden, um endgültige Erklärungen über die Eindringung der Wahlrechtsvorlage zu geben. — In weitere Verhandlungen konnte der Ausschuß nicht eintreten, weil die Fraktionen Sitzungen abhalten.

Die Harmlosen.

Der Vorstand der „Deutschen Vaterlandspartei“ hat in einem Rundschreiben an die Landesvereine und Ortsgruppen die Ziele und Aufgaben der Partei festgelegt. Nach dem Kommentar der alldeutschen Blätter liefert dieses Rundschreiben „den blühenden Beweis, daß die Partei mit innerer Politik nichts zu tun hat“. Das wird allerdings fraglich, wenn man gleich zu Anfang folgenden Satz liest:

„Die Deutsche Vaterlandspartei will Stärke und Rückhalt sein für eine kraftvolle Reichsregierung, die nicht in schwächlichem Nachgeben nach innen und außen, sondern in deutscher Standhaftigkeit und unerschütterlichem Glauben an den Sieg die Zeichen der Zeit zu deuten weiß.“

Was meint man denn wohl mit „dem schwächlichen Nachgeben nach innen“? Bisher bedeutete das in der alldeutschen Sprache das Nachgeben gegen die Forderung auf innere Neugestaltung unserer Verfassungsverhältnisse.

Im übrigen ist das Rundschreiben sehr vorsichtig abgefaßt. Es sucht die wirklichen Ziele der Partei hinter allgemeinen vieldeutigen Phrasen zu verbergen, deren Vieldeutigkeit aber für die tatsächliche Beurteilung dadurch ganz belanglos wird, daß alle diese Redensarten von den Alldeutschen seit jeher in ganz bestimmtem Sinne aufgefaßt werden. Besonders vorsichtig drückt sich das Rundschreiben um die Frage der preussischen Wahlrechtsreform herum. Die Vaterlandspartei nimmt angeblich „keine Stellung zu der preussischen Wahlrechtsreform“, sie will aber verhindern, daß die Erörterungen hierüber zu dem unheilvollen Zustande dauernden Zwistes führen, und verpflichtet deshalb die Mitglieder, „mit allen Kräften dahin zu wirken, daß bis zum Friedensschlusse der innere Zwist ruht“. Also auf gut deutsch: die Vaterlandspartei tritt für mögliche Verschleppung der Wahlrechtsreform bis nach dem Kriege ein.

Die Art, wie man sich hier harmlos und wieder zu geben sucht, hat wohl ihre bestimmten Gründe. Der Vaterlandspartei ist offenbar die sozialdemokratische Interpellation in die Glieder gefahren. Da man die schweren amtlichen Beeinflussungen zugunsten der Vaterlandspartei nicht ableugnen kann, worauf wir schon hinwiesen, so sucht man jetzt der Sache ein möglichst unschuldiges Ansehen dadurch zu geben, daß man vor der Deffektivität der ganzen Bewegung ein recht wenig aggressives Aussehen gibt. Aber eine kleine Sammlung der Reden, die von den Agitatoren dieser Partei bisher in Stadt und Land gehalten worden sind, macht die ganze Maschinerie zunichte.

Der internationale Gewerkschaftskongress

Bern, 3. Oktober. (Schweizerische Depesch-Agentur.) Obwohl die gegenwärtig in Bern tagende Internationale Gewerkschaftskonferenz sich nur mit rein gewerkschaftlichen Fragen befaßt...

Bauer, Mitglied der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften, wies die englischen Vorwürfe energisch zurück. Deutschland führe noch heute Krieg, nicht um Eroberungen willen...

Es wurde eine aus vier neutralen und drei Vertretern der Mittelmächte bestehende Kommission gewählt, um eine Resolution über die Stellungnahme der Konferenz zu dem englischen Schreiben festzusetzen.

Diese Resolution wurde nach längerer Debatte mit allen gegen die Stimmen der Ungarn angenommen, die eine eigene Resolution mit härterer Betonung der notwendigen Friedensaktion auf Grundlage des Klassenkampfes gefordert hatten.

Der schwedische Delegierte Lindquist hatte namens der gesamten skandinavischen Delegation die Resolution empfohlen, hätte aber gewünscht, daß das Mißverständnis der Konferenz über das Fernbleiben der Engländer und Amerikaner scharfer zum Ausdruck gelangt wäre.

Zu einer lebhaften Erörterung kam es bei der Behandlung der Frage der

Verlegung des Sitzes des Internationalen Gewerkschaftsbundes von Berlin nach einem neutralen Lande.

Die schweizerischen Delegierten hatten den von den Franzosen ausgedrückten Wunsch nach Verlegung des Sitzes zu dem ihrigen gemacht. Die Schweizer drückten ihre Befürchtungen aus, daß im Falle eines Verbleibens des Sitzes in Berlin eine Spaltung in der internationalen Gewerkschaftsorganisation eintreten könnte.

Die Konferenz lehnt die Frage einer Verlegung grundsätzlich nicht ab. Die Umstände, unter welchen die Verlegung des Sitzes des internationalen Gewerkschaftsbundes verlangt wird, sowie die Abwesenheit des ursprünglichen Antragstellers selbst veranlassen jedoch die Konferenz, die Verlegung über eine so wichtige Frage der Organisation zu vertragen und der nächsten Konferenz vorzulegen.

In der Erörterung über diese Resolution erklärte unter anderem der Holländer Jimmen, die Engländer und Amerikaner würden auch dann nicht kommen, wenn der Sitz in ein neutrales Land verlegt sein würde, sie hätten schon immer eine nur sehr bedingte Zugehörigkeit zur Internationale gezeigt.

Wenn Greulich behauptete, die deutschen Sozialisten hätten ihren Standpunkt in der Vertretung der Interessen der Arbeiterschaft gegenüber der Regierung während des Krieges geändert, so brauche er sich nur an die deutsche Regierung zu wenden, um zu erfahren, daß dies falsch ist.

Bei der Abstimmung wurde die Entschließung der Kommission mit allen Stimmen gegen die der Schweizer angenommen.

Stadtverordnetenversammlung.

Vorsteher Nischel eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. Die Vorlage betr. Gewährung von besonderen

Leuerungszulagen

neben den Kriegszulagen ist in einem Ausschusse vorberaten worden. Dieser hat die Magistratsvor schläge dahin abgeändert, daß die Zulage von 1000 M. allen Beamten und Angestellten...

Stadtv. Gassel (Linke) befürwortet die Annahme dieser Verbesserungen und die Ablehnung der eingegangenen vier weitergehenden Anträge.

Stadtv. Dr. Mitter (Fr. Fr.) referiert über die dem Ausschuss gleichfalls überwiesene Mitteilung des Magistrats wegen Erhöhung der Vergütungssätze für Hilfskräfte.

Stadtv. Bräuner (Soz.): Die Erhöhungen, die der Ausschuss empfiehlt, erkennen wir als Verbesserungen der Vorlage an, wir beharren aber auf dem grundsätzlichen Standpunkt, daß allen Kategorien eine einheitliche, gleichmäßige Zulage von 750 M. gewährt werden sollte.

Stadtv. Ginge (Unabh. Soz.): Bei der jetzigen Rationierung der Lebensmittel ist ein einheitlicher Beitrag der Leuerungszulage das einzig Zweckmäßige.

Stadtv. Mannsen (Fr. Fr.) schließt sich Gassel an. In der Frage der Pensionäre müsse der Staat vorangehen.

Stadtv. Jubelil (Unabh. Soz.) unterstützt die Ausführungen Ginges und tritt für die Aufhebung des Loses der Pensionäre ein.

Stadtv. Franz bittet namens des Magistrats, alle über die Ausschussanträge hinausgehenden Amendements abzulehnen.

Stadtv. Dr. West (Unabh. Soz.): Auch einer Angestelltenkategorie dürfe der Magistrat nicht vorschreiben, wie sie sich ihrer Organisation bedienen wollen. Das sei ein Knack des Koalitionsrechts.

Der Antrag Heilmann betr. die Reform des Gemeindevahrscheins wird auch heute abgelehnt, er soll über acht Tage zur Beratung kommen.

Die Vorlage wegen Bewilligung von 50 000 M. zur Durchführung der dem Kriegsausschusse zum Schutze ausichtsloser Kinder gestellten Aufgaben wird nach kurzen Bemerkungen der Stadtv. Dr. Rosenfeld (Unabh. Soz.) und Bruns (Soz.) angenommen.

Beim Vormundschaftsamt der Stadt Berlin plant der Magistrat die Einrichtung einer städtischen Fürsorgekasse für ledige Schwangere.

Stadtv. Bruns (Soz.) begrüßt die Vorlage als einen sozialen Fortschritt. Wenn für die Eindämmung der Säuglingssterblichkeit in Berlin auch viel geschehen sei, so sei diese doch immer noch sehr hoch.

Stadtv. Leid (Unabh. Soz.): Schon vor 25 Jahren wurde eine durchgreifende Schwangersenfürsorge gefordert.

Nach kurzer weiterer Debatte wird dem Magistratsvorschlag zugestimmt.

Zur Versorgung der Berliner Bevölkerung mit Brennholz für den Winter 1917/18 ersucht der Magistrat um einen Kredit von 2 Millionen Mark.

Stadtv. Ginge (Unabh. Soz.): Mit 2 Millionen bei einem Preise von 40-50 M. pro Kubikmeter kann nicht viel Holz erworben werden. Bei der Kohlenverteilung fehlt immer noch eine einheitliche Regelung.

Stadtv. Wöhring: Die Verhandlungen darüber schweben zwischen Städtelag und Reichshauptamt nach.

Kohlenverteilung ist im Gange; die erste Kohlenkarte wird bis Januar voll beliefert sein. Der Kredit von 2 Millionen Mark ist nur ein vorläufiger, er wird später erhöht werden müssen.

Stadtv. Ginge: Berlin sollte nach dem Vorgang anderer Städte eine Stelle errichten, um den Vorteil des Kohlensteuernachlasses für die ärmere Bevölkerung nutzbar zu machen.

Die zwei Millionen werden bewilligt. Die „Soziale Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost“ betreibt in Mgl. bed ein Erholungsheim für Berliner Frauen und Kinder.

Stadtv. Wöhring wünscht nähere Aufklärung über die Vereinigung, die einseitig konfessionell gefärbt scheint, sonst müsse seine Partei die Forderung ablehnen.

Stadtv. Dr. West: Nach unsern privaten Informationen ist letzteres nicht der Fall. Wir sind für die Bewilligung der übrigen längst ausgegebenen 8000 Mark.

Nach weiteren Ausführungen des Stadtschulrats Dr. Fischer und des Stadtv. Dr. Leub II (Linke) zieht Stadtv. Wöhring seinen Einspruch zurück; die Bewilligung erfolgt.

Schluß 8 Uhr.

Groß-Berlin Mehr nicht!

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung beschloß gestern über die neben den Kriegszulagen zu gewährenden Leuerungszulagen für Beamte und Festangestellte der Stadt und nahm Kenntnis von den erhöhten Vergütungssätzen für Hilfskräfte.

Die Brotversorgung im neuen Wirtschaftsjahr.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß das Ergebnis der im August vorgenommenen Ernteschätzung die weitere Streckung unseres Brotaubereides notwendig macht, wenn die jetzige Brotration das ganze Wirtschaftsjahr hindurch aufrechterhalten werden soll.

Die Ausmahlung des Getreides von 94 Proz. muß vorläufig beibehalten werden. Wenn die Ernteschätzung, die vom 30. September bis 5. Oktober vorgenommen wird, ein besseres Endergebnis der Getreideernte ergeben sollte, so wird der Mehretrag nicht zu einer Erhöhung der Mehlration, sondern zu einer Verringerung der Ausmahlung benutzt werden.

Unverständige Obst-Preispolitik.

Die starken Kessel- und Birnenerntefehls in Groß-Berlin, die die letzten Tage gebracht haben, haben zur Folge, daß nicht alles Obst abgesetzt werden kann. Die Gemeinden und Magistrate erlassen daher an die Bevölkerung Mahnungen, diese günstige Gelegenheit zu benutzen und so viel Obst wie möglich einzulassen und zu verwerten.

Unseres Erachtens sollte man die Benutzung der „günstigen Gelegenheit“ vor allem dadurch zu fördern suchen, daß man die Obstpreise wesentlich herabsetzt. Es liegt wirklich nicht an dem hohen Willen der Groß-Berliner Bevölkerung, wenn das vorhandene Obst nicht abgesetzt wird.

Wie die maßgebenden Stellen indessen über diese von uns wiederholt vorgeschlagene Preispolitik denken, zeigt eine Mitteilung, die uns soeben von zuständiger Seite zugeht. Danach ist die das „Edelobst“ umfassende Gruppe I für Kessel und Birnen erweitert worden. An Kesselorten sind außer den bereits festgesetzten Sorten für die Mark Brandenburg der Prinzenapfel und der Sommeräpfel, an Birnen die Pastorenbirne aufgenommen worden.

Höchstpreise für Gänsefleisch.

Beim Verkauf von frischem und gepökeltem Gänsefleisch in Teilen und von aus Gänsen hergestellten Erzeugnissen dürfen in Berlin bei Abgabe an Verbraucher folgende Preise für ein Pfund nicht überschritten werden: Liefenfett 10 M., Bauchfett 7 M., Darmfett 8 M., Leber 9 M., Keulen 6,50 M., Brust ohne Knochen 9 M., Stückenfleisch 4,30 M., Klumpen mit Brust und Keulen ohne Därme und ohne zum Klein zuerbundene Teile 6,25 M., Brust mit Knochen 8,50 M., Brustknochen 0,05 M., Klein: Kopf mit Hals, 2 Flügel, 2 Füße, Magen und Herz, gerupft, auch ohne Spitzflügel 4 M., pro Stück, Schmalz 14 M., Grieben 10 M., Gänsebraten 11 M., Gänseweihnauer 10 M., Gänseleberwurst 8 M. Gänseleberpastete darf nur zu den durch den Verband der Hersteller von Gänseleberpasteten festgesetzten und auf der Packung oder dem Behälter durch den Hersteller angebrachten Verkaufspreisen an Verbraucher abgegeben werden.

Beim Verkauf von getrocknetem Gänsefleisch in Teilen und von aus Gänsen hergestellten Erzeugnissen dürfen in Berlin bei Abgabe an Verbraucher folgende Preise für ein Pfund nicht überschritten werden: Brust mit Knochen im ganzen 11,50 M., Brust ohne Knochen im ganzen 12,50 M., Brust mit Knochen im Aufschnitt 13 M., Keulen 9 Mark.

Soweit nicht in dieser Verordnung Höchstpreise festgesetzt sind, oder der Verkauf eines Erzeugnisses zugelassen wird, ist der Verkauf von Gänsefleisch in Teilen sowie die gewerbmäßige Herstellung und der gewerbmäßige Verkauf von daraus hergestellten Erzeugnissen unzulässig.

Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Selbst ist der Mann!

Der Verbandsdirektor Steiniger hat es für geschmackvoll gehalten, seine eigene Stelle in verschiedenen Morgenblättern auszusprechen und die Bewerber anzusprechen, ihre Gesuche an ihn selber zu richten. Der Verbandsvorsitzende Oberbürgermeister Wermuth hat gegen dieses eigenmächtige Verfahren protestiert und nun seinerseits die Stelle ebenfalls ausgeschrieben.

Man konnte bei Herrn Steiniger auf alles mögliche gefaßt sein, aber dieses erstaunliche Maß von Selbstgefühl hätte man ihm doch nicht zugetraut. Da er keine Aussicht hat, wiedergewählt zu werden, spekuliert er vielleicht auf einen Posten im diplomatischen Dienst.

Eine entbehrliche Stellung.

Amlich wird mitgeteilt: Der Reichslangier hat die Ausübung der Befugnisse, die bisher von dem Reichskommissar für Elektrizität und Gas ausgeübt wurden, dem Reichskommissar für Kohlenverteilung übertragen. Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung kann zu seiner Unterstützung an geeigneten Orten örtliche Stellen als seine Organe einrichten und mit Wahrnehmung der ihm übertragenen Befugnisse betrauen. Infolge dieser Regelung ist die Stellung des Reichskommissars für Elektrizität und Gas entbehrlich geworden. Die Anordnungen, die der Reichskommissar für Elektrizität und Gas und die von ihm eingerichteten örtlichen Stellen bisher erlassen haben, bleiben in Kraft.

Zu einem blutigen Kampf zwischen Eindringern und einem Wächter ist es in der Nacht in Friedenau gekommen. Eindringler suchten den Laden der Butterhandlung von Groß heim. Da das Geschäft schon mehrmals bestohlen worden war, war der Schutzmann Große mit der nächtlichen Bewachung des Geschäfts durch den Inhaber betraut worden. Während nun die Eindringler im Begriff waren, die Butterfässer fortzuschaffen, trat ihnen G. entgegen. Es gelang ihm, einen der Diebe zu überwältigen. Er wollte ihn in den Keller einschleppen, dem Verbrecher gelang es jedoch, einen Revolver aus der Tasche zu ziehen und zwei Schüsse auf den Beamten abzugeben, die diesen in den Hals trafen. Die Eindringler ergriffen dann die Flucht, die ihnen auch in einem Kraftwagen, der draußen gehalten hatte, gelang. Die Verletzungen des Schutzmanns sind schwer, anscheinend aber nicht lebensgefährlich.

Der Mord an der Schankwirtin Jakob, der am Sonntag, den 9. September, vormittags in der Kopalstraße verübt wurde, ist nach dem Ergebnis der bisherigen Ermittlungen der Kriminalpolizei wahrscheinlich ein von langer Hand vorbereitetes Verbrechen. Als Täter kommen zwei Männer in Betracht, von denen schon wiederholt die Rede war. Es sind das die beiden Gäste der Ermordeten, die zunächst als Zeugen betrachtet werden mußten, sich aber nicht meldeten und bisher auch nicht zu ermitteln waren. Man muß jetzt annehmen, daß der eine die Tat vorbereitet und der andere sie ausgeführt hat. Der erste ist jener Mann, der in der siebenten Abendstunde in der Wirtschaft noch mit einigen Gästen sprach und dann wegging, um wie er sagte, seine Frau zu besuchen, in Wirklichkeit aber wohl um dem eigentlichen Mörder einen Wink zu geben. Der zweite Mann, aller Wahrscheinlichkeit nach der Mörder, kam gegen 1/2, Uhr. Er hat ohne Zweifel gewußt, daß Frau Jakob im Besitz von Geld und Wertgegenständen war.

Einweihung der Brandenburgischen Hebammenlehranstalt in Neukölln.

Die von der Provinz Brandenburg aus Anlaß des 25jährigen Regierungsjubiläums des Kaisers beschlossene Provinzial-Hebammenlehranstalt und Frauenklinik, die auf einem von der Stadt Neukölln geschenkten 1 1/2 Morgen großen Gelände am Mariendorfer Weg errichtet und bereits seit Juli in Betrieb genommen worden ist, wurde gestern nachmittags 4 Uhr in Anwesenheit der beteiligten Staats-, Provinzial- und städtischen Behörden und Körperkassen in feierlicher Weise eingeweiht. An die Eröffnungsfestfeier schloß sich ein Rundgang durch die schönen und weiten Räume der 342 Stützräume und 130 Säuglinge aufnehmen kann und eine neue Seitenabteilung Neuköllns bildet.

Die an einer Wiegung des Mariendorfer Weg im Süden Neuköllns scharf gegenüber der im vorigen Jahre eröffneten Königl. Taubstummenlehranstalt günstig gelegene neue Provinzialanstalt ist aus drei, durch überdachte Gänge miteinander verbundenen Gebäuden zusammengesetzt, dem Verwaltungsgebäude, dem langgestreckten Entbindungshaus in der Mitte und dem Direktorenwohnhaus; hinter diesem erhebt sich als besonderer Bau die Wäscherei und das Reifesthaus. Einen feierlichen Schmuck der städtischen Gebäude bilden die farbigen Majolikafrescobilder, die teilweise in launiger Darstellung Hebammen der alten und neuen Zeit zeigen und die moderne Säuglingspflege veranschaulichen.

Neukölln. Kartoffelversorgung. Wegen umfangreicher Zuführung von Kartoffeln hat der Magistrat sich veranlaßt gesehen, eine einmalige Kartoffelration von 14 Pfund je Kopf mit der Rohgabe auszugeben, daß diese Ration auf spätere Kartoffelrationen in Anrechnung gebracht wird. Der Magistrat empfiehlt, von diesem Bezugsrechte in umfangreicher Weise Gebrauch zu machen, weil bei der zu erwartenden geringeren Zufuhr die Versorgung der Bevölkerung nicht gewährleistet ist. Die Kleinbändler sind verpflichtet, einen angemessenen Vorrat an Speisekartoffeln zu halten, um die Kaufkraft voll befriedigen zu können. Kleinbändler, welche diese Verpflichtung nicht erfüllen, sind im Bureau der Kartoffelversorgung, Rathaus, Zimmer Nr. 142, namhaft zu machen.

Johannisthal. Von der Gemeindevorstellung wurde der Antrag der Gemeinde Niederhönowe auf Erhöhung des Gaspreises nicht genehmigt. Der bloße Preis für Leuchtgas beträgt zurzeit 16 Pf., für Kochgas 10 Pf., wer jedoch nur einen Gasmesser hat, muß für beide Gasarten 16 Pf. zahlen. — Das Angebot der von Trübschlerischen Erden auf Veräußerung ihres gesamten im hiesigen Orte gelegenen Grundbesitzes wurde angenommen. Der Besitz hat eine Größe von 5 1/2 Morgen mit Wäldern, die mit verhältnismäßig geringen Kosten zu sieben Schulklassen hergerichtet werden kann. Der Kaufpreis beträgt 110 000 M.

Friedrichshagen. Lebensmittel. Heute gelangt auf Abschnitt 51 der Lebensmittelkarte Griech zur Ausgabe. Auf jede Karte entfallen 125 Gramm zum Preise von 15 Pf.

Kowames. Lebensmittel. Auf Kartenabschnitt 11 der Lebensmittelkarte findet die Ausgabe von Weizenmehl statt. Die Karteninhaber müssen heute den Abschnitt 11 bei dem Kleinbändler abgeben, von dem sie die Ware zu beziehen wünschen.

Täglich findet in der Turnhalle in der Schankhorststraße der Verkauf von Obst statt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Unabhängige Werbemethode. Ein Mariendorfer Parteigenosse schreibt und: „Meine Frau hatte sich seit der Spaltung nicht mehr um das Parteleben gekümmert und gab, als vor einigen Wochen ein Kind kam, um unter einem Vorwand das Mitgliedsbuch zur „S. P. D.“ abzuholen, dieses ohne augenblickliche Bedenken mit. Ich vermutete, daß die „Unabhängigen“ ihre Hand dabei im Spiele hätten und sollte darin auch recht behalten. Dieser Tage ging meiner Frau das Mitgliedsbuch per Post wieder zu. Das Eigentum der „S. P. D.“ war nun durch Stempel mit der Firma „Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands“ versehen, auf dem Deckel war folgende Notiz aufgebracht: „Daß Sie das Buch abgaben, erklärt, daß Sie zu uns, zur S. P. D. gehören und möchten Sie nur bitten, nun auch mal wieder Interesse an unserer Arbeit zu zeigen, indem Sie sich mal auf unseren Veranstaltungen sehen lassen. Freundliche Grüße Joh. Goede, Königr. 18.“

Selbstverständlich wird jeder denkende Genosse solche Zwangsanwendungen wieder rückgängig machen. Mitglieder aber, die sich durch derartige Methoden wirklich einfangen lassen, sind für die neue Partei kein Gewinn.

Aus aller Welt.

Sturm- und Regenkatastrophe in Japan.

Ein Taifun (Wirbelsturm) von nie dagewesener Stärke hat Tokio Montag am frühen Morgen heimgesucht. Hunderttausend Menschen sind obdachlos, hunderte wurden getötet, verletzt oder werden vermisst.

Dazu werden aus Tokio noch folgende Einzelheiten gemeldet: Bei dem Taifun, der vier Stunden dauerte, wurden 138 Personen getötet und 155 verletzt. 217 Personen werden vermisst. 1346 Häuser wurden zerstört, 2088 beschädigt. Der Telegraphen- und der Eisenbahndienst sind gestört. In der Provinz ist noch größerer Schaden angerichtet worden als in der Hauptstadt. Nach einem Telegramm aus Osaka wurde eine Anzahl Dörfer durch angeschwollene Flüsse überschwemmt. Man fürchtet, daß eine große Anzahl von Menschen umgekommen sei. Die Reisenernte habe schwer gelitten.

Getreidebeschleher. In Posen verhafteten Beamte des Kriegsmückeramtes wegen verächtlicher Getreidebeschlebung den Chemigrafen Stanislaus Grozowski, den Kaufmann Tischudin, den Kaufmann Waldemar Warba, sämtlich aus Posen, und den Kaufmann Siegfried Schwabe aus Berlin, Ansbacher Str. 7.

Feuerbrand in Sals. Infolge des Bruchs einer elektrischen Leitung brach in einem Kaputtbehälter ein heftiger Brand aus. Das Feuer griff auf andere Behälter über. Mehrere Millionen Kubikmeter stehen in Flammen.

Eingegangene Druckschriften.

Russische Kriegsgefangene über ihre Eindrücke in Deutschland herausgegeben von der Schriftleitung des „Russischen Boten“. 75 Pf. — B. Meyer, Berlin.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreher

Paul Hering Juniländische Str. 16 am 1. d. M. gestorben ist. Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 6. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Georgenkirchhofes in Weissenhof, Straße 148/150, aus statt. Regere Beteiligung wird erwartet.

Nachruf. Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, die Metallarbeiterin Lina Himberg Büttmannstr. 6 am 10. August gestorben ist. Ehre ihrem Andenken! 182/18 Die Ortsverwaltung.

Verband der Gast- und Schankwirte Deutschlands. Zahnstraße Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

Xaver Bauer Vedder 30, Bezirk 2, verstorben ist. 150/15 Die Beerdigung findet heute Freitag, den 5. Oktober, nachmittags 4 Uhr, am dem alten Pankow-Kirchhof statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß die Frau des Kollegen

Kath. Berta geb. Witt Michaelstr. 29a, Bez. 6, verstorben ist. Ehre ihrem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 6. Oktober, nachmittags 2 Uhr, von der Halle des Central-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

Überverkaufung! Bestellen Sie Gartenschere Dr. Gebhard & Cie., Berlin, Gassestraße 23a.

Deutscher Bauarbeiter-Verband. Zweigverein Berlin. Bezirk Moabit. Am 2. Oktober nach unter Mitglied, der Hilfsarbeiter

Ernst Krüger. Die Beerdigung findet heute nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Johanniskirchhofes in Plohnsee aus statt.

Am gleichen Tage nach dem Mitglied, der Bauarbeiter Friedrich Bellack Bezirk Charlottenburg.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachm. 4 1/2 Uhr, von der Halle des Gemeindefriedhofes, Hülfsbrunnentweg, aus statt. Ehre ihrem Andenken! 147/4 Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiterverband. Bezirksamt Groß-Berlin. Nachruf. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Bodenarbeiter

Karl Vikum am 23. September im Alter von 55 Jahren verstorben ist. Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener

Gotthilf Tombach am 27. September im Alter von 62 Jahren verstorben ist. Ehre ihrem Andenken! Die Bezirksverwaltung.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek verschiedene Hefte das Stück 20 Pfg. Zu beziehen durch Buchhandlung Vorwärts Berlin S.W., Clinkerstr. 3

Am Montag, den 1. Oktober, entließ nach kurzem, schwerem Leiden im Alter von 56 Jahren mein lieber Bruder, unser guter Schwager, der Schneider

Antoni Olszewski. Am Namen der Hinterbliebenen Marie Grzeszowski geb. Olszewski.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 6. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Michaelskirchhofes, am Mariendorfer Weg, aus statt. 599/2

Deutschland braucht Männer, die fähig sind, an dem großen wirtschaftlichen Weltstreit teilzunehmen, der eine unbedingte Folge des Weltkrieges sein muß und eine tiefgreifende Aenderung unseres gesamten wirtschaftlichen Lebens herbeiführen wird. Ueberall werden gebildete und leistungsfähige Mitarbeiter gesucht sein. Beamte, Lehrer, Angestellte des Handels und der Industrie sollten nicht verkommen, jetzt ihre Vorbereitungen zu treffen. Das beste Mittel, rasch und gründlich, ohne Lehrer, durch einfachsten Selbstunterricht auf ein Examen vorzubereiten, die Einj.-Prüf.-Prüfung u. das Abitur-Examen nachzuholen oder die fehlenden kaufmänn. Kenntnisse zu ergänzen sowie eine vorzügliche Allgemeinbildung sich anzueignen, bietet die Selbststud.-Methode „Rustin“. Ausführl. 60 S. starkes Broschüre kostenlos.

Bonnese & Nachfeld, Potsdam, Postfach 224.

Spezial-Arzt Dr. med. Raedicke Harn-, Haut-, Geschlechts-, Syphil. (Behandlungsd. 12 T.), Blutunters. Ehrlich-Hata-(Salvarsan-)K.Mod., schmerzlos Behandlung o. Herabsetzung. -Mäßige Preise. Teilzahlung. Friedrichstr. 187-189 (Untergrund.) 11-1, 3-7, Sonntags 11-1.

Mitbürger! Wer mit uns die hohe Säuglingssterblichkeit in Deutschland bekämpfen will, der zahle auf unser Postscheckkonto 28079 „Deutschlands Spende für Säuglings- und Kleinkindererziehung Berlin W 8“ Postscheckamt Berlin NW 7 ein. Spenden, auch die kleinsten Gaben werden bis zum 15. Oktober entgegengenommen. Bekanntmachung über die einmalige Ausgabe einer Kartoffelration von 14 Pfund je Kopf. In den letzten 8 Tagen sind wir so umfangreich mit Kartoffeln beliefert worden, daß wir Veranlassung haben, eine vorzeitige Verteilung derselben vorzunehmen. Am 29. September d. J. gereichten Kartoffelrationen je Kopf eine einmalige Kartoffelration von 14 Pfund, deren Verrechnung wir uns für einen späteren Zeitraum vorbehalten, vom Sonnabend, den 6. d. Okt. ab ausgegeben werden. Die einmalige Ration von 14 Pfund je Kopf wird von der Kartoffelration gemäß der ausgelegten Kundenliste gegen Abgabe des Abschnittes 63 der Neuköllner Lebensmittelkarte (ausgegeben gegen den eingeleiteten Vorkauf) können wir keine Gewähr dafür übernehmen, ob in den nächsten 14 Tagen die regelmäßige Kartoffelration fortgesetzt werden kann. Wir raten daher unserer Bevölkerung dringend, von dem Bezugsrechte weitestgehend Gebrauch zu machen, um so mehr, als es uns nicht möglich ist, denjenigen Bürgern, welche von dem Bezugsrechte keinen Gebrauch gemacht haben, Kartoffeln nachzuliefern. Die Kleinbändler, bei denen eine Kartoffelration aufgelegt ist, werden dringend ersucht, sich mit einem hinreichenden Kartoffelvorrat auszurüsten, damit die Abmahlung von Kunden nicht scheitert. Gegen Kleinbändler, über welche Beschwerden wegen fehlender Kartoffelrationen erhoben werden sollten, legen wir uns veranlaßt, mit Unterstützung der Kartoffelbelegungs- und Verteilung der Kartoffelrationen vorzugehen. Die abgenommenen Lebensmittelkartenabschnitte sind von den Kleinbändlern bei der Abrechnung im Bureau der Kartoffelversorgung vorzulegen. Neukölln, den 4. Oktober 1917. Der Magistrat. Kriegsernährungskommission.

Mehr Gemüse! Die Norddeutsche Gemüsebau-Gesellschaft (Gesellschaft Berlin W 13, Pariser Straße 18a) vergrößert ihre Plantagen auf das Doppelte und nimmt jetzt weitere Mitglieder mit Anteilen von 100 Mark bis zu 2000 Mark als stille Teilhaber auf. Ariegeanteile werden zum vollen Reinerwerb in Zahlung genommen. Der Reinerwerb dient zur Verteilung der Erträge und wird als Teilende an die Mitglieder verteilt. Näheres durch den Vorstand. Möbel in allen Preislagen 1., 2. u. 3-Zimm.-Wohnungen empf. in mod. Ausführung. Jul. Apelt, Tischlermstr. Berlin SO, Adalbertstr. 8, Hochbahnstr. Kottb. Tor. S. Schlesinger, Neue Königsstr. 21 (Präsidentenhaus) kein Laden, II. Stock. Bitte genau auf Firma 21 und Hausnummer 21 zu achten! 21 Spent. v. 12-2geoffn. 21

Theaterkultur.

Der während des Krieges in Hildesheim gegründete „Verband zur Förderung deutscher Theaterkultur“ scheint neuerdings förderliche, ausrichtende Bahnen einzuschlagen. Einzelne frühere Maßnahmen erregten den Argwohn, als verstanden sich hinter dem Namen allerhand nationalistisch-konterbändelnde Tendenzen, ein Bestreben nicht sowohl zur Förderung menschlicher Kunstschafflichkeit im Volke, als zur Vertretung bestimmter Schlagworte eingeschworener Gesinnungen. Ein Teil der Presse warnte vor der neuen Gründung, und der Schriftstellerverband veranlaßte im Beethovenssaal eine große Protestversammlung. Doch solche Reaktionen, wenn sie überhaupt im Ernst bestanden haben, wie es der Verlauf der eben in Mannheim abgehaltenen Versammlung bestätigt, haben bereits jede Aussicht auf Erfolg verloren. Schon die Tatsache, daß die freien Gewerkschaften, die seit Jahren an vielen Orten Theateraufführungen an ihre Mitglieder vermitteln, und ebenso die von Riedel geleitete Bühnengenossenschaft der Schauspielerei sich dem Verbandsangehörigen haben, gibt Garantien, daß der angeführte Kampf um Verringerung der Theaterverhältnisse nicht in eine kräftigere reaktionäre Rückbildung verlaufen dürfte.

Jedemwelsche Anzeichen prinzipieller Opposition gegen eine sachlich vermittelte, von allen politischen und religiösen Parteibestrebungen abgelöste Arbeit des Verbandes ließen sich in den Diskussionen überhaupt nicht spüren. In dieser Hinsicht herrschte allgemeine Übereinstimmung. Auch wurde nachdrücklich hervorgehoben, daß die Bezeichnung „Verband für deutsche Theaterkultur“ in keiner Weise etwa das Verlangen nach einseitiger nationaler Einschränkung des Bühnenrepertoires in sich schließt. In dem neuen, von der Mitgliedsversammlung angenommenen Statutenentwurf ist der Standpunkt der Neutralität ausdrücklich festgelegt: „Der vom Verein bezweckte Zusammenschluß aller Kräfte des Volkes (Gewerkschaften, Vereine, Theater, Schaffende und ausübende Künstler, Einzelpersonen) erfolgt — heißt es da — auf parteilicher Grundlage unter Wahrung der Freiheit künstlerischen Schaffens und Denkens, so wie der Selbstständigkeit der angehörigen Körperlichkeiten.“ Die Hebung der Bühnenkunst und die Verallgemeinerung ihres Genusses denkt der Verband vor allem auch auf dem Wege zu erreichen, daß die Bühne „durch Förderung des staatlichen und städtischen Eigenbetriebes“ (Stadttheater, Städtebühnen, städtische Orchester, Einrichtung und Förderung von Volkstheatern, Verbands- und Landvolkstheatern) von der Vorherrschaft rein kapitalistischer Erwerbsinteressen soweit wie möglich unabhängig gemacht wird. Er verlangt, schon im Interesse des Schauspielers, eine eingetragene und umfossende Theatergesetzgebung. Die in den einzelnen Städten zu gründenden Ortsvereine sollen auf gute und billige Volksvorstellungen und Vergleichen dringen. Von dem Anschluß großer Organisationen besitz der Arbeiterchaft, erhofft man für den Verein einen ständig steigenden, in der Theatergesetzgebung zum Ausdruck kommenden Einfluß.

Ein von dem Mannheimer Hoftheaterintendanten Dagemann, dem Dichter Karl Hendell und anderen Herren unterschriebener, durch Stefan Grohmann, den Förderer der Wiener Volksbühne, sehr wirksam unterstützter Antrag, der sich gegen die heftigste Einführung der Wehrdienstfrage bei der Theaterkonzessionierung wendet, entzündete lebhaft Debatten. Riedel war für verstärkte Konzessionspflicht, während der Vorsitzende, der hannoversche Landrat von Stodhaußen, erklärte, daß er aus seinen eigenen praktischen Verwaltungserfahrungen heraus, sich völlig dem Standpunkte der Antragsteller anschließen müsse. Eine Entschliebung wurde angenommen: Der Verwaltungsrat des Vereins möge bei der Regierung eine Neuordnung der öffentlichen und privatrechtlichen Theaterverhältnisse anregen; eine Verschärfung des Konzessionsrechts solle keine Mittel zur Erreichung der vom Verein erstrebten Ziele dar. In der Tagesdebatte beschloß man, den Verwaltungsrat zu beauftragen, gemäß den Satzungsbestimmungen, wonach die Verhandlungstätigkeit unter Wahrung der Freiheit künstlerischen Schaffens und Denkens zu erfolgen hat, dahin zu wirken, daß eine Befestigung der durch das heutige Theatergesetzwerk geschaffenen Verhältnisse herbeigeführt wird.

Am Sonntag vormittag fand eine öffentliche Versammlung im impolanten Saal des städtischen Rosenparkens statt, in der Direktor Dagemann, Rechtsanwalt Seelig und der Genosse Heinrich Schulz, der als Leiter der sozialdemokratischen Bildungsorganisationen dem Verbandsbeitretenden, Programm und Aufgabe des Unternehmens in eindrucksvoller lebendiger Weise vor einem größeren Publikum entwidelt.

Die welsche Nachtigall.

Der Roman eines sterbenden Jahrhunderts. Von A. Francé.

Der Hauch seiner eigenen Worte befiel ihn. Er liebte diese Frau seit diesem Augenblick. Aus ihren Augen hatte er einen Blick aufgefunden, in dem die Empfindung der Liebe brannte; er bezog ihn auf sich. Und damit war für ihn das Spiel verloren. Mit der bloßen Freude am Abenteuer war er gekommen, auf die Nachricht, daß die wohlbekannte Dury in der Stadt weile. — Welch' entzückende Perspektive hatte sich da für ihn aufgetan, unerwartet, gerade in der ersten Woche, da er die Langeweile der kleinen Stadt zuerst empfinden gelernt. . . . Und nun wieder ein Stüchlein mondaines Leben — Mitte auf morgendlicher Heide, vielleicht ein verschwiegenes Glück zu Zweien nicht unmöglich — jetzt, da die ganze lästige Schar glücklicherer Nebenbuhler ausgeschaltet war, die ihn schon einmal von dieser Spur abgedrängt hatte — — — Aber statt launigen Sonnenblicken des April wehte ihm da plötzlich heiße Sommerluft entgegen. . . . Er stand auf und sog diesen heißen Atem um die schöne Frau mit brennenden Küßern in sich ein.

Jah weggeblieben war die bloße Galanterie, mit einem Schlage ausgeübt das stereotype süßliche Lächeln um seine Mundwinkel, ordentlich verklärt, bedeutender, männlicher waren seine Züge nun, da auf einmal ein echtes Empfinden in sie trat. Ohne zu wissen warum, ergriff er ihre Hand. . . . Und sie ließ sie ihm.

„Lison,“ sagte er leise, unvermittelt, fast heiser vor Erregung, „ich liebe Sie. . . . Sie hülfen mich in einen Rausch von Schönheit, mir ist seit heute, als hätte ich bis jetzt nicht gelebt und Sie seien das erste und einzige Weib auf Erden. . . . Ein gutes Wort von Ihnen und ich bin für immer an Sie verloren.“

Er trat an sie heran; so dicht beugte er sich über ihr Antlitz, daß die leichte Duftwelle, die von diesem feinen gepflegten Körper aufstieg, ihn lieblosend umstrich. — Aber fast trohig schlossen sich die Lippen, denen er sich begehrend entgegenbeugte; nun zuckte ein süßes Lächeln um ihre feingezogenen Mundwinkel, in denen eine seltsam kapriziöse Falte lag, daß es ihn wieder zur Wirklichkeit zurückführte. . . .

Lison sah ihn durch die halbgeschlossenen Lider an. Grau-

Essbare Erde.

Werkstoffwertweise ist in dieser Zeit der zahllosen „neuen“ Nahrungsmittel niemals eines Zusayes gedacht worden, den man früher bei Feuerungen und Hungernöden zur Streckung oder überhaupt zum Erlag des Brotmehls verwendete. Dieses Mittel hieß „Bergmehl“ oder auch „Infulorierte“, es stellt eine mehrlartige Erde vor, die in größeren und kleineren Lagern über den ganzen Erdball verbreitet ist.

In Deutschland gibt es, wie einer Erklärung der essbaren Erde von E. Neuland im „Prometheus“ entnommen werden kann, Ansammlungen dieser mehrligen Infulorierte vor allem in der Lüneburger Heide, in der Umgebung von Berlin, bei Königsberg, in der Weichselniederung, in Posen usw. Nennlich umfangreiche Lager dieser Erde gibt es in Böhmen bei Eger und Franzensbad, besonders groß sind die Lager in Italien, Schweden, Lappland und Finnland, während Frankreich, England und Griechenland in dieser Beziehung von der Natur weitaus stiefmütterlicher behandelt wurden. Die fragliche Erde wird auch „Kieselmehl“ oder „Kieselgur“ genannt, sie findet sich in verschiedenen Farben, bräunlich, grau, blaugrün und auch bläulich. Bei mikroskopischer Untersuchung einer solchen Erdprobe, wie sie Neuland bei der Erde aus der Lüneburger Heide unternahm, erblickt man zahllose dünne starre Stäbchen und dazwischen ganz kleine lahn- oder schiffchenartige Gebilde. In den Erdmehlsproben von Maryland in Nordamerika fallen mehr Kreisformen auf, in dem Erdmehl auf Jütland überwiegen dreieckige Scheibchen.

Alle diese verschiedengeformten Gebilde sind die aus Kieselsäure aufgebauten Schalen von gewissen pflanzlichen Organismen, die heute den Namen Kieselalgen tragen, früher aber wegen der vielen Arten merkwürdiger Eigendbewegung als Stadiertierchen, also Infulorien aufgeführt wurden, woher der Name Infulorierte entstand. Diese Kieselalgen sind mikroskopische Wasserbewohner, die sich sowohl im Meere wie auch im Tiefwasser finden und häufig eine bräunliche Färbung oder auch einen bräunlichen Schaum auf der Wasseroberfläche erzeugen. Die Vermehrung erfolgt außerordentlich schnell und in gewaltigen Mengen durch Spaltung, die abgestorbenen Exemplare fallen als feiner Regen langsam auf den Wassergrund, wo sie allmählich dicke Schichten bilden, da die Kieselalgen nicht verrotten und überhaupt jedem Aufzuchtungsprozess standhalten. Daher kann man auf dem Vorkommen der Kieselerde daraus schließen, daß es sich bei den betreffenden Gegenden um früheren See- oder Meeresboden handelt, der durch eine spätere Oberflächengestaltung der Erde trockengelegt wurde.

Die sogenannte essbare Erde wird vielfach auch heute noch ihrem Namen entsprechend gebraucht, in Lappland und Finnland, zum Teil auch in Schweden setzen die Landleute sie aus Liebhaberei dem Brotmehl zu. In Deutschland wurde diese Erde nachweislich zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges als Nahrungsmittel verwendet. Auch während der Hungernöte von 1719 und 1733 hat man auf dieses Hilfsmittel zurückgegriffen. Vielfach wird die essbare Erde in überseeischen Ländern von den Eingeborenen gekostet. Die Eingeborenen in Java rösten keine Ängeln aus der rötlichen Erde, um sie zu essen, auch die sogenannten Profiteure der Chinesen sind in diesem Zusammenhang zu erwähnen, auf den Antillen, an der Küste von Guinea und in Neulandonien wird ebenfalls viel essbare Erde gekostet. In Persien wird das Erdessen auch aus gesundheitlichen Rücksichten geschätzt, den in den dortigen Wäldern erhältlichen Spritzen benutzt man zur Verhütung von Darmkrankheiten.

Außerordentlich vielfach ist die Verwendung von Kieselerde zu industriellen und technischen Zwecken. Sie wird zur Erzeugung von künstlichen Puz- und Schleifsteinen verwendet, sie dient als Füllmittel für Hauswände und feuerfeste Estriche, sie spielt eine bedeutende Rolle in der Glas- und Porzellanfabrikation, man verwendet sie zur Herstellung von Siegellack, Farben, Kautschukwaren; schließlich muß noch bemerkt werden, daß der Kieselgur der modernen Dynamitfabrikation wertvolle Dienste leistet. Seine Eigenschaften als Nahrungsmittel wurde aber in diesem Kriege noch niemals betont.

Das Telegraphon.

Schon seit Langem beschäftigt man sich mit der verlockenden technischen Aufgabe, ein Telephon herzustellen, das imstande ist, Gespräche selbstständig aufzunehmen und sie dann auch selbstständig wiederzugeben. Die Lösung dieses Problems wurde zuerst, wie einer Besprechung des neuen Telegraphons in der „Umschau“ entnommen werden kann, auf die Weise gesucht, daß man das Telephon und die Schreibmaschine in ihrer Wirksamkeit zu vereinen suchte. Als Zwischending wurde eine Selenzelle benützt, die bekanntlich die Eigenschaft hat, daß ihre Leitfähigkeit durch veränderte Grade der Belichtung verändert wird. Trotz zahlreicher Experimente vermochte das Arbeiten in dieser Richtung seinen wirklichen

praktischen Erfolg zu bringen. Neuester günstig hingegen verlief der Versuch, das Telephon mit der Diktiermaschine zu vereinen. Eine solche Konstruktion, Telegraphon genannt, war bereits auf der Pariser Weltausstellung des Jahres 1900 vertreten, doch handelte es sich damals mehr um eine hübsche technische Spielerei. Das erste wirklich praktische Telegraphon wurde nunmehr von zwei Berliner Ingenieuren, Franz Seelau und A. R. Reoman, geschaffen. Als Grundlage dient bei diesem Telegraphon das Prinzip eines Phonographen, der aber gleichzeitig zum Sprechen und zum Aufzeichnen geeignet ist. Bei telephonischem Anruf antwortet der Apparat: „Bitte, sprechen Sie, der Apparat zeichnet das Gespräch auf.“ Sowie diese Worte verklungen sind, wird die Konstruktion selbstständig von Geben auf Nehmen umgeschaltet, so daß jetzt die Walze zur Aufnahme des Gespräches in Tätigkeit tritt. Ist das Gespräch erledigt, so schaltet sich das Telegraphon durch Auslösen oder Anhängen des Hörers seitens des Anrufenden wieder ohne fremden Eingriff so um, daß die „Gebrauchswalze“ bereit ist, bei einem neuen Anruf die bereits erwähnten Worte auszusenden. Um eine möglichst langfristige Tätigkeit des Apparats ohne menschliche Bedienung zu gestalten, ist eine Einrichtung getroffen, durch die nach Erledigung einer Walze sofort eine neue, noch leere, sich beschließt. Die Veranlagungen einiger derartiger Telegraphone seit 1 1/2 Jahren hat, wie berichtet wird, den praktischen Wert des Systems einwandfrei erwiesen. Wegen der durch den Krieg geschaffenen Schwierigkeiten findet man das Telegraphon zwar noch nicht im Handel, doch beachtlich eine bereits gegründete Kundentumsgeellschaft, sobald wie nur möglich nach Friedensschluß ihre Tätigkeit zu beginnen.

Die Gewichtsabnahme der Neugeborenen.

Mit der psychologischen Gewichtsabnahme Neugeborener hat sich Dr. Kirstein im ärztlichen Verein zu Marburg befaßt. In der Marburger Frauenklinik wurde durch Wiegen von 788 Kindern festgestellt, daß ein Prozente des Geburtsgewichts berechnet der Gewichtsverlust sehr verschieden ist, daß aber alle Kinder in den ersten zwei bis vier Lebensjahren sehr gleichmäßig an Körpergewicht abnehmen. Um Gewinnes zu ermitteln, wurde an 9 Kindern durch „Dauerwaage“ festgestellt, wie sich das Körpergewicht im Laufe des Tages ändert. Danach wurde der tägliche Gewichtsverlust getrennt in „Windelverlust“ und „Atmungsverlust“. Die Kurven für diese beiden Gewichtsverluste ließen erkennen, daß der Windelverlust der Tagesmilchmenge und der Atmungsverlust dem Körpergewicht des Neugeborenen etwa entspricht. Es ist also der Atmungsverlust, der die Gewichtsabnahme bei allen Säuglingen hervorruft. Sobald der Säugling erst imstande ist, eine Milchmenge aufzunehmen, die auch den Atmungsverlust zu decken vermag, hat die Gewichtsabnahme ihr Ende erreicht. Aus dem Verhältnis der Tagesmilchmenge zum Windelverlust läßt sich ein direkter Schluß auf die Fähigkeit des Kindes ziehen, die zugeführte Nahrung auszunutzen. Manche junge, noch unerfahrene Mütter dürften erschrocken sein, wenn sich der „Lichling“ bei seinem Eintritt in diese beste aller Welten gleich so umgezogen benahm und in den ersten Tagen trotz bester Pflege nicht nur nicht zunahm, sondern an Gewicht verlor. Zwar wird sie bald durch erkrankte Frauen oder durch den Arzt Aufklärung über die Natürlichkeit dieses Vorganges erhalten haben, aber es wird doch in Zukunft berühmend wirken, daß die Wissenschaft nicht nur festgestellt hat, daß die Gewichtsabnahme stets vorhanden ist, sondern daß sie auch ihre natürlichen Ursachen angeben kann.

Notizen.

— Das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht wird auch im kommenden Winter Vorlesungen und Einzelvorträge veranstalten, die zum Teil unentgeltlich, zum Teil gegen geringfügige Einzahlung je jedem zugänglich sind. Das Vorlesungsverzeichnis ist durch die Geschäftsstelle Berlin N 88, Potsdamer Straße 120, zu beziehen. (Preis 25 Pf.)

— Die Vorlesungen der Arbeiter-Hochschule beginnen am Montag, den 8. Oktober. Anmeldungen zur Mitgliedschaft, Ausgabe von Zeugnissen und Oberarten bei Frau. Nomenklatur, Befehle der Deutschen Gesellschaft für christliche Kultur. Geschäftsstelle: Berlin C 2, Neue Friedrichstr. 53—55 II, 10—12, 1—5 Uhr. Mitteilungsbeitrag 1.50 M. jährlich, Hörgebühr für Mitglieder 50 Pf., für Nichtmitglieder 1 M.

— Vorbildliche Kriegserzählungen führt eine Dauerausstellung in der Unterrichtsanstalt des Kunstgewerbmuseums vor. Sie zeigt in Entwürfen, Photographien und in einer Anlage im Garten, wie Einzel- und Massenangriff künstlerisch, materialgerecht und einfach-wahr gestaltet werden kann. Durch grundsätzliche Bekämpfung alles Künstlichen und aller Anstrenglichkeit in der Gräberkunst und die Vorführung guter Beispiele wird es hoffentlich gelingen, wenigstens diese Kriegsgreuel der Gedächtniskunst und fern zu halten.

sam, doch mit einem eigentümlich lästernen Glanz in der Tiefe. —

„Comte,“ sagte sie leicht und doch ernster als sie es selbst scheinen lassen wollte, „ich habe es Ihnen schon gesagt, als Sie mir zum ersten Male von Liebe sprachen — ich kann Sie nicht lieben“ — sie stockte, dann mit plötzlichem Entschluß: „aber sie sind mir sympathisch.“ „Lison.“ Mit überquellendem Glückseligkeit stürzte er auf sie. Sie wehrte ihm lächelnd ab. „Nein, mißverstehen Sie mich nicht — ich habe Sie gern, aber das ist auch alles.“ Und mit ihrem kokettesten Lächeln legte sie hinzu: „Das ist doch alles andere, denn Liebe.“

Eine halbe Stunde später sah der Graf noch immer zu ihren Füßen mit hochrotem Kopf. . . . Die Schlagader an seinem Halse hämmerte. . . . Die Festung, die er vor einer Stunde im Sturm zu überrennen hoffen konnte, war noch nicht erobert. Seine Mundwinkel zuckten nervös und schlief durch das Uebermaß einer schon ermattenden Begierde. . . . Lison hat ihn, sie, die Uebermüdete allein zu lassen — und es zuckte wie ein spöttisches Lächeln um ihren Mund. Stumpf erhob er sich.

„Cherie, Grausame, Sie lassen mich leiden. . . .“ Aber schon hatte sie ihn bis zur Tür geleitet und schelmisch führte sie ihre Finger an die Lippen: „Nein Graf, die Ritter von ehemals erfüllten jeden Wunsch ihrer Dame.“

Sie lächelte noch. Raum aber war die Tür hinter ihm geschlossen, zerbrach auch die ganze mühsam festgehaltene Maske über ihrem Antlitz. Tröstlos starrte sie auf die verblühende Blut, welche die vorsorgliche Laine des fahlen Frühlingabends halber vorgehängt hatte. Dann fiel ihr Blick auf den Spiegel — sie sah alt und müde aus. . . .

Da warf sie sich auf ihr Ruhebett und mußte auf einmal weinen. . . . „Reinhard“, schluchzte sie in ihr Kissen und es war ihr, als sei ihr Inneres nur vom Herzen erfüllt, das sich weitete und schmolz vor Sehnsucht. Und irgendwo hatte das Auerwerden, das nicht mehr lieben können, wie etwas Graues, das sich jeden Moment erheben kann und dann unentrinnbar kommt.

Wütten im Schmerz aber setzte sie sich resolut auf und mußte auf einmal wieder lächeln. Bei dem Gedanken, wie

wenig Morawitz gemerkt hatte, daß ihr Interesse für seine Beamten nicht Verlegenheitsgespräch gewesen, wie er geglaubt, sondern der Preis, den er für den Empfang und die Duldung zu zahlen hatte. . . .

„Ja,“ ich werde und muß ihn erobern,“ sagte sie tapfer, kauerte sich auf ihrem Lager zusammen wie ein kleines Affchen, umring gedankenvoll ihre eigenen Arme und verlor sich in lustigen und kühnen Plänen. . . .

Der einzige Weg zu Reinhard führte über Morawitz, das fühlte sie mit dem unbeirrbar Instinkt der Frau, wenn gleich sie diesen Weg noch nicht sah. Oder doch? Alle Hoffnung für sie blühte auf, wenn es gelang den Geliebten von Ingolstadt und damit aus dem verhängnisvollen Bannkreis einer Rivale zu entfernen, über deren Armut und Jugend sie sich nicht genug durch Laineite erzählen lassen konnte. Wer aber konnte über den Aufenthaltsort des jungen Statthaltereibeamten verfügen, wenn nicht sein unmittelbarer Vorgesetzter? Immer deutlicher schälte sich dieser Gedanke und damit ein Plan aus dem Chaos ihres durcheinander wallenden Inneren, bis endlich wieder ein glückliches Lächeln um den so lange herb verschlossenen Mund spielte und damit auch das Gefühl der Sieghaftigkeit. . . . Beschmeidig, sammetleise wie ein Kätzchen schlich sie ins Nebengemach, holte von dort einen Spiegel — und verglich nun Zug um Zug mit dem Bilde, das in ihr nach der Rose Schilderung von der glühend Geliebten aufgetragen war. . . .

So vertieft war Lison in all dem inneren Kämpfen, daß sie nichts von ihrer Umgebung wahrte, weder, daß ihr später Besucher das Haus nicht verlassen hatte, noch daß Laineite es unbegreiflich lange verabsäumte, sich nach den letzten Befehlen der Herrin vor der Radtrübe zu erkundigen. Wohl hatte einmal der Jose schelmisches Gesicht ins Gemach geblickt, war aber sofort wieder verschwunden, als Madame vor dem Spiegel sah.

„Sie studiert die Augen des Teufels, damit wird sie nicht fertig vor Sonnenaufgang,“ sagte sie mit schlecht verhehlter Bosheit zu dem Grafen, der im Mantel, den Dreispitz auf dem Kopfe, mit ihr in der dunkelsten Ecke des Flurs eifrig verhandelte.

„Und sie sagt, ja! nur des jungen Solms halber sei sie zu Recherchen ausgefand! Ja, Madame sei derohalben und aus keinen anderen Occasions nach Ingolstadt gekommen?“ fragte er mit düsterer Miene.

(Fort. folgt.)

Künstl. Zähne mit echtem Friedenskautschuk,

Goldkronen, Brücken, Plomben, Zähne ohne Platte, Zahnzah. mit Betäubung, Umarbeitung, Reparatur, sofort. Bill. Preise, auch Teilt. Zahn-Praxis M. Löser Brunnenstraße 195, nahe Invalidenstr. Persönl. zu sprach. 10-7, Sonnt. 10-12, Tel. N. 11503

Konfirmanten - Uhren
 Nach der Uhr gehen von 4-12 Uhr an in großer Auswahl genau repariert: Wundlungen, Konfirmanten, Remontanden.
 Annahme v. Reparaturen, Umtausch gestattet
E. Möbis, 14 Benthstr. 14
 (Gegens. über im Laden.)

Ich kaufe Platin, Gebisse

besonders alte, und zerbrochene für Freitag, 5. und Sonnabend, 6. Oktober, von morgens 10 Uhr bis abends 7 Uhr, im Hotel zum grünen Baum, Zimmer 1, partier, Kronenstr. 36/38.

Zahle Platin Gramm 7.60 M. Frau Knuth.

Gegründet 1876.
Möbelfabrik Rob. Seelisch
 BERLIN O 112, Rigaer Str. 71-73a
 empfiehlt gute preiswerte Möbel
154 Musterräume
 Lagerräume: 6696 q-Meter groß.
 Versand nach allen Plätzen Deutschlands. Besichtigung ohne Kauflzwang gestattet.

Spezialarzt Dr. med. Laabs
 Dr. med. Hasche, Friedrichstr. 90
Spezialarzt Dr. med. Coleman
 für Haut-, Hals-, Frauenleiden
 Dr. med. Hasche, Friedrichstr. 90
 Dr. med. Coleman, Königsstr. 56-57

Allgemeine Ortskrankenkasse Niederbarnim.
Bekanntmachung.
 Vom 1. Oktober 1917 ab gehören wir unseren Mitgliedern wieder das Krankenbez. Hausgeld für die Sonntage. (8 20 Siffer 2 der Satzung.)
 Berlin, den 1. Oktober 1917.
 Allgemeine Ortskrankenkasse Niederbarnim.
 R 4 h n. 279/15

Fette, fleischige Kaninchen.
 Fette Gärten, 1/2 lb. 5.50 M. an, Schwere Masthühner, 4.95, Täglich Eintreffen frischer Ware.
Herrn. Tasche Nachf. A. Schmidt, 4754
 Plan-Ufer 21, nahe Galle'sches Tor

Singer unübertroffen
 Heber die Vorteile
 Singer Läden überall
Möbelpollererin! Eine geübte, tüchtige Kraft sofort auf dauernde Arbeit gesucht. Rummelsburger Hans J. Müller, Flensburg.

Verkäufe

Verkauf von Kassetten, Klaviere, Pianinos, Harmonikas, Gitarren, Violinen, Trommeln, Schallplatten, Grammophone, Radios, etc.
Verkauf von Möbeln, Teppichen, Porzellan, etc.
Verkauf von Autos, Motorwagen, etc.

Musikinstrumente

Pianos, Klaviere, Gitarren, Violinen, etc.
 Verkauf von hochwertigen Musikinstrumenten zu günstigen Preisen.

Fahrräder

Fahrräder, gebraucht, 1400 Stück, verkauft
 Verkauf von gebrauchten Fahrrädern in großer Auswahl.

Kaufgesuche

Spiralbohrer, Metallbohrer, etc.
 Kaufgesuche für verschiedene Werkzeuge und Maschinen.

Unterricht

Englische, französische, etc. Unterricht
 Unterrichtsangebote für verschiedene Sprachen.

Verschiedenes

Kreditbank, etc.
 Verschiedene Anzeigen und Bekanntmachungen.

Gefunden und verloren

Verloren, gefunden, etc.
 Anzeigen über verlorene Gegenstände.

Vermietungen

Wohnungen, etc.
 Vermietungsangebote für Wohnungen und Häuser.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote, etc.
 Arbeitsmarkt-Anzeigen für verschiedene Berufe.

Vorarbeiter
 für Werkzeugbau, mit reichen Erfahrungen im Konf. von Schritten, Stangen, sowie Hebewerk, gesucht. Kriegsarbeit.
Berliner Metallwaren-Fabrik Jüst & Co., A.-G.
 Adlershof - Berlin. 4912

Erd- und Betonarbeiter.
 für dringende Kriegsbauten im Westen suchen wir mehrere Hundert tüchtige
Julius Berger, Tiefbau A.-G.,
 Berlin W 9, Potsdamer Str. 10/11.

Tüchtige Maschinenschlosser
 stellt sofort ein
Loeb & Co. G. m. b. H.,
 Automobil- und Flugmotorenfabrik,
 Berlin-Hohenschönhausen, Gerdestraße

Arbeiter
 stellen ein 3742*
Hüttenwerke Tempelhof A. Meyer
 Berlin-Tempelhof,
 Germaniastraße Nr. 145/146.

Ältere Klempner
 für leichte Werkstattdarbeiten auf landwirtschaftl. Maschinen, sowie Schmittarbeiten und Schmittarbeiterinnen
Georg Grauert, Akt.-Ges.
 Berlin-Stralau. 4925

B H G
Tischler, Tischlereimaschinenarbeiter, Schlosser und Dreher
 stellt sofort ein 486L*
Ballonhüllen-Gesellschaft m. b. H.,
 Tempelhof, Friedrich-Wilhelm-Str. 52/54.

Tüchtige Motoren- u. Automobil-Schlosser
 suchen **Hansa-Lloyd-Werke A.-G.,** Galle'sches Ufer 31.

Kutscher,
 tüchtig und zuverlässig, per sofort gesucht. 4582*
Franz Schütler, Baugeschäft,
 Hannigsdorf bei Berlin.

Heizer,
 für größeres Geschäftshaus zum sofortigen Eintritt gesucht.
A. Schilke & Co.,
 258* Willeh. Str. 80/88.

Schweißer und Schweißerinnen
 gesucht.
Metallwaren-Industrie,
 Berlin-Rummelsburg, Gaspstraße 4.

Tüchtige Stenotypistin
 sofort verlangt
 Meldungen: 12-2 und 5-7 Uhr
A. JANDORF & Co.
 Große Frankfurter Straße 113

Fahrpersonal.
 Kräftige, des Jahres künftige Leiste werden eingestellt. 8712*
 Meldungen im Kontor der **Schultheiß' Brauerei A.-G.,**
 Lichterfelde Str. 11-17.

B H G
 1 Maler
 1 Maschinist
 2 Elektrotechniker
 2 Seiler
 5 Arbeiter
Ballonhüllen-Gesellschaft
 m. b. H.,
 Tempelhof, Friedrich-Wilhelm-Str. 52/54.

Tüchtiger Schlosser oder Mechaniker
 zum Anlernen auf Zigarettenmaschinen
 sofort gesucht.
Zigarettenfabrik Garbáty,
 Pankow, Hadlichstraße.

Arbeiterinnen
 stellt ein 5002*
Auergesellschaft Berlin O. 17.
 Abt. B. Einstellungsbureau Ehrenbergstraße.

Steindrucker 8910
 für schwarze Abdrücke suchen für Dauerstellung **Wilhelm Bernhardt u. Co.,** Gerichtstr. 23.

2 Schachtmeister, 1 Vorarbeiter
 und
Arbeiter für Oberbauarbeiten
 sofort gesucht.
Brandenburgische Tief- und Straßenbau-Gesellschaft.
 Berlin NW, Wilhelmshavener Straße 5.

Tüchtige Spitzendreher
 werden sofort eingestellt. 53112*
Loeb & Co., G. m. b. H.,
 Automobil- und Flugmotorenfabrik,
 Berlin-Charlottenburg, Teichstraße 27/28.

Arbeiterinnen
 stellt ein 5002*
Auergesellschaft Berlin O. 17.
 Abt. B. Einstellungsbureau Ehrenbergstraße.

Pförtner,
 Kriegsbeschäftigte bevorzugt, insbesondere auch mit Bedienung der Zentralheizung vertraut, suchend der Reichskommissar für die Kohlenverteilung, W. 62, Widmannstr. 12. 30116
 Meldungen täglich 10-11 Uhr
 Zimmer 201.

Antwort an die Vaterlandspartei.

Eine Rede Wolfgang Heines.

Die Versammlung, welche die Bezirksorganisation Groß-Berlin der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gestern Abend nach den Germania-Hallen in der Chausseestraße einberufen hatte, war außerordentlich besucht. Sozial und Arbeiter waren bis in die hintersten Winkel besetzt.

Genosse Wolfgang Heine sprach über das Thema: Verständigung, Frieden, Freiheit. Er führte unter anderem aus: Während alle Welt das Ende des Krieges herbeisehnt, wird von gewisser Seite in lobfälligen Reden, lärmenden Zeitungsartikeln die Fortsetzung des Krieges bis zum bitteren Ende gefordert. Ja, bitter genug wird es werden, wenn es nach denen ginge, die gegen den Friedensschluß heben. — Ganze Generationen, die Zukunft Europas soll noch geopfert werden. Das streitet doch gegen Vernunft, gegen Menschlichkeit, gegen Religion. — Wir sind dem Frieden durch Worte nicht nahe gekommen. Es scheint, daß sich das Unheil erst ausbaden muß, ehe ihm ein Ende gemacht wird. Die Welt erntet den Fluch ihrer eigenen Taten. Am wenigsten sind die Staatslenker imstande, dem Unheil ein Ende zu machen. Die Geister, die sie gerufen haben, können sie nicht bannen. Jeder gibt dem anderen schuld am Kriege. Jeder von ihnen muß ermahnen, daß ihm die Rechnung für die Opfer des Krieges präsentiert wird. Davon bangt jenen Staatsmännern.

Wir wollen nicht fragen, wann kommt der Friede, sondern was haben wir zu tun, um ihn herbeizuführen. Wir wollen, daß unser Vaterland nicht unterliege. Allerdings verheißt ich unter Vaterland etwas anderes, als die Leute von der Vaterlandspartei. Keiner kann seinem Vaterlande besser dienen, als wenn er diesem Kriege, der alle Völker zugrunde richtet, ein Ende macht. Wir lieben und verteidigen unser Vaterland, weil es der Boden unserer heimischen Kultur ist. Unser Sieg kann kein anderer sein, als daß wir den Feinden gegenüber standhalten, und unser Haus im Innern so aufbauen, daß in ihm erst alles das erfüllt wird, was wir von unserem Vaterland erwarten. Das ist der Sieg, den wir erstreben. Dazu brauchen wir keine Zerstückelung der äußeren Grenzen, dazu brauchen wir auch nicht unsere Grenzen über ihr heutiges Gebiet hinauschieben. Eine weitere Fortsetzung des Krieges kann zum Ruin Europas führen. Der Friede, den die Arbeiter und wir verlangen, das ist kein Frieden der Größe, sondern ein Hungerfrieden in des Wortes wahrer Bedeutung. Den wollen wir verhindern. Darum sind wir für den Verständigungsfrieden. Auf dem Standpunkt eines Friedens des Ausgleichs zwischen den Völkern, eines Friedens, der bald kommen und ein dauernder sein soll, steht die Aktion der Reichstagsmehrheit vom 19. Juli. Sie befindet sich in Übereinstimmung mit dem, was zu Anfang des Krieges verkündet wurde: Uns treibt nicht Eroberungssucht. — Als Verteidigungskrieg ist der Krieg begonnen. Erst nach den anfänglichen militärischen Erfolgen tauchten die Forderungen der Annexionsisten auf. Ihre Ausrufungen sind kein Ausdruck der Kraft, sondern eines aben Abenteuertums. Ernstlich gefährlich sind nur die Annexionsisten, die es aus wirtschaftlichen und politischen Gründen sind. Zu ihnen gehören die Führer der großen wirtschaftlichen Verbände. Sie wissen ganz genau, daß ihre annexionsistischen Forderungen gar nicht erfüllt werden können. Ihr Slogan ist, die innere Befreiung des deut-

schen Volkes zu verhindern. Darum sehen sie dem deutschen Volke unerreichte Kriegsziele, damit sie näher sagen können, die Sozialdemokraten sind schuld, daß wir diese Ziele nicht erreicht haben. So wollen diese Leute eine neue Sozialisten-herge ins Leben rufen. Sie wollen die alte Politik, die das Unglück Deutschlands geworden ist, bereinigen. Das ist das gefährlichste an dem Treiben der Annexionsisten. Das lassen wir uns nicht gefallen.

Wie kommen wir zum Frieden? Wie können natürlich die Verteidigung des Vaterlandes nicht einstellen. Was allein helfen kann, ist, daß in den Völkern der Friedenswille klar und deutlich zum Ausdruck kommt. Es ist notwendig, daß das deutsche Volk Protest erhebt gegen das Geschick der Leute, die den wirklichen Hungerfrieden wollen. Aufgabe der deutschen Sozialdemokratie ist es, sich an die Spitze der Friedensbewegung zu stellen und den Friedenswillen des Volkes Ausdruck zu geben. Auf dem Standpunkt der Reichstagsmehrheit steht der größte Teil des deutschen Volkes; ich bin sicher, daß auch der größte Teil der Parteiangehörigen auf diesem Standpunkt steht. Ich wünsche, daß sich der Reichstagsler deutscher über die Friedensbedingungen ausgesprochen hätte. Jeder, der hören und sehen kann, weiß, daß Belgien nicht annektiert wird. Warum sagt man das nicht deutlich?

Ein dauernder Friede, eine Verständigung zwischen den Völkern ist nur möglich, wenn Deutschland im Innern freiheitliche Reformen bekommt. Deshalb müssen wir arbeiten für einen Frieden der Verständigung und für ein neues Deutschland.

Der Vortrag fand härmischen Beifall. Zur einstimmigen Annahme gelangte folgende

Resolution:

Die Versammlung erklärt sich einig mit den Bestrebungen in allen Ländern und bei allen Völkern, die einen schnellen Frieden ohne Vergewaltigung, ohne Landabzweigungen und ohne Geldentwässerungen fordern. Sie erklart in einer solchen Verständigung der Völker die einzige Möglichkeit, die europäische Kultur zu retten und einen dauernden Weltfrieden herzustellen. Sie erkennt in einem solchen Frieden den Ausdruck der Ideale und der politischen und wirtschaftlichen Bedürfnisse des deutschen Volkes, insbesondere der deutschen Arbeiterklasse. Sie lehnt alle Bestrebungen ab, die durch Ankündigung von Eroberungen das Ende des Krieges hinauschieben, den Zustand wechselseitiger Feindschaft und unfruchtbarer Wehrrüstung auch nach dem Kriege bereinigen und den Frieden in Wahrheit zu einem Frieden des Gloriums und des Hungers für die ganze Welt machen würden.

Die Versammlung fordert von der deutschen Regierung, daß sie die Forderungen der sogenannten Vaterlandspartei ablehne und ihrer Unterstützung durch Behörden energig ein Ende mache.

Die Versammlung sieht im Friedenswillen freier, starker Völker die Gewähr einer würdigen glücklichen Zukunft und verlangt, daß auch in Deutschland der Wille des Volkes zum obersten Gesetz gemacht wird.

Normaldeutsche gegen Alldente.

In der letzten Zeit haben eine große Anzahl öffentlicher Versammlungen der Sozialdemokratie stattgefunden, in denen zahlreiche Volksmassen für den Verständigungsfrieden und gegen die alldenteischen Treibereien demonstrierten. Der herrschende Papiermangel verhindert uns, ausführlich über jede einzelne zu berichten. Ausnahmslos zeigte der Verlauf der Versammlungen eine völlige Einmütigkeit der Teilnehmer in der Ablehnung der alldenteischen Gewaltfriedensideale. Nur hier und da erwuchs den Alldenteischen eine unerwartete Hilfsgruppe in Gestalt einiger — Unabhängiger, die Störungen zu veranlassen suchten. Aber auch sie fanden nirgends Anklang, die Volksmassen haben vollkommen begriffen, worauf es im jetzigen Zeitpunkt ankommt, und lehnten es überall ab, durch einige unterbessere Parteigänger den Kampf gegen die Alldenteischen abzuweichen zu lassen. Wir registrieren kurz die Kundgebungen der letzten Tage. Am Dienstag sprach Abg. Kossel in Brandenburg a. S. vor hundert Hunderten unter lebhaftem Beifall eine Resolution im Sinne der Friedensarbeit der Reichstagsmehrheit und gegen die Alldenteischen fand gegen eine Stimme Annahme. — In Rügen sprach Abg. Dr. Sadekm vor überfüllter Versammlung für den Verständigungsfrieden. Der Störungsversuch einer kleinen „unabhängigen“ Spengerkolonie wurde von der Versammlung mit Entrüstung zurückgewiesen, der Redner fand donnernden Beifall. — In Verden sprach Genosse Kossel vor 6—700 Personen aus allen Schichten der Bevölkerung, er fand allgemeinen Beifall. — In Siefeld tagte eine von mehr als 5000 Personen besuchte Volksversammlung, die nach Referat der Genossen Schred und Sebering einmütig eine Entschlüsselung für den Verständigungsfrieden und die schnellste freiheitliche Ausgestaltung Deutschlands faßte. — Weitere eindrucksvolle Kundgebungen fanden in der sächsischen Oberlausitz statt, so in Gitsau (500 Personen), Dautzen, Reigersdorf (600 Personen), Sohland a. d. Spre (200 Personen), Groß-Schönau und Seiffenendebors. Von sämtlichen Versammlungen wird sehr starker Besuch und einheitliche Zustimmung der Zuhörer zum Vorgehen der Sozialdemokratie im Reichstag und Landtag gemeldet. — Dagegen wird aus Kassel berichtet, wo nach alldenteischen Mätern jüngst eine „große vaterländische Kundgebung“ stattgefunden haben soll, daß auf einer der beiden von den Alldenteischen einberufenen Versammlungen von 700 anwesenden Personen 450 gegen die alldenteische Resolution gestimmt haben, nur 250 dafür!

Konservative für den Friedensbeschluß des Reichstags.

Prof. Hans Delbrück, selbst ein alter Freikonservativer, erklärt in seinen „Preussischen Jahrbüchern“, es unterliege keinem Zweifel, daß der Friedensbeschluß des Reichstags bis tief in die Reihen der Konservativen hinein sehr zahlreiche Anhänger besitze. „Nach außen macht sich das nicht so bemerkbar, da eine öffentliche Agitation für die Resolution im Ausland einen falschen Eindruck erwecken würde, und man sie daher am liebsten vermeidet. Aber ich habe selber Stimmen genug gehört, um bezugen zu können, daß die konservativen Kreise vielfach noch weniger geschlossen für die planmäßige Kriegsverlängerung gestimmt sind, als etwa die Freisinnigen und das Zentrum für den Versuch der Beendigung.“

Offizielle Werbung für die Vaterlandspartei.

Die gewisse obere Stellen für die neue alldenteische Partei agieren, dafür liefert die Feier des 70. Geburtstages Hindenburgs in Schneidemühl wiederum ein Beispiel. Diese offizielle Feier, auf der Oberbürgermeister Dr. Krause das Referat hielt, wurde ganz ungeniert zu einer Werbeversammlung für die Vaterlandspartei gemacht. Die

Festrede des Oberbürgermeisters enthielt scharfe Wendungen gegen die Reichstagsresolution vom 19. Juli. Am Schlusse seines Berichtes meißel das „Schneidemüher Tageblatt“ ganz naiv: „Die Nagelung des Kreuzes hat gestern einen Beitrag von 890 Mark ergeben. Zur „Deutschen Vaterlandspartei“ haben sich 140 Mitglieder mit einem Jahresbeitrag von 200 Mark angemeldet. Also die Werbung von Mitgliedern für eine bestimmte Partei gehörte zum Programm dieser städtischen Feier, an der u. a. auch die Schuljugend teilgenommen hat.“

Lebensmittelwucher in Köln.

Ein landwirtschaftlicher Musterbetrieb.

Köln, 4. Oktober. Vor dem hiesigen Landgericht wurden heute nach achtstündiger Verhandlung in dem umfangreichen Prozeß Bremer wegen Milchfälschung, verbotswidrigen Handel mit Lebensmitteln, verbotswidrigen Schindlungen und Ueberschreitung der Höchstpreise das Urteil gefällt. Bei der Strafzumessung wurde hervorgehoben, daß die Angeklagten aus reiner Habgier gehandelt hätten. Es wurden verurteilt Josef Bremer jun. zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr 3 Monaten und 5000 M. Geldstrafe, Frau Bremer 1 Jahr Gefängnis, 24000 M. Geldstrafe, Josef Bremer sen. 8000 M. Geldstrafe, Michael Bremer 4 Monate Gefängnis, 18500 M. Geldstrafe und Paul Bremer zu 500 M. Geldstrafe.

Die Anklage warf der Familie vor, und durch die Zeugenvernehmung wurde erwiesen, daß sich die Bremer gegen nahezu alle landwirtschaftlichen Kriegsvorordnungen vergangen haben. So verkauften sie ohne Marken und weit über den Höchstpreisen an Hotels, Kaufhäuser und Herrschaften in beträchtlichen Mengen Milch, Butter, Sahne, Käse, Fleisch aller Art, Behl, Gerste, Erbsen, Hülsenfrüchte, Weizenkleie, Graupen, Karmelade, Kartoffeln, Kaffbohnen, Sauerkraut usw. Ein Herr Regierungsrat namens Stimmes, der in großen Mengen fast alle genannten Artikel von Bremer bezog, bezahlte Rechnungen von 700 bis 2000 M. für seinen Haushalt. Dieser Regierungsrat erhielt nachts Sade Weizenmehl zum Preise von 5 M. das Pfund im Haus gekauft. Er bezahlte für Eier 75 Pf., für Kalbfleisch 4,50 M., bis 6,50 M., Fletsch 7 bis 9 M., Jungen 10 M. das Pfund. Lange Zeit bezogen unter anderem Regierungsrat Stimmes, Major Antelen, Kaufhausbesitzer Peters und andere Kunden täglich je 1/2 Liter Sahne und mehrere Liter Vollmilch von Bremer. Der Major ließ die Sahne, Butter usw. durch einen Gefreiten als „Sahne-Ordnung“ regelmäßig abholen. Eier wurden in Posten bis zu 500 M. abgesetzt. Auch Jucker ging zeitweise ab.

Bei all diesen Vergehen ist zu beachten, daß es sich nicht etwa um einen entlegenen landwirtschaftlichen Betrieb, sondern um ein Gut auf dem Kölner Stadtgebiete handelt, das als Musterbetrieb galt. Die Kellerei Bremer war die Hauptlieferantin für die Säuglingsmilch der Stadt Köln. Sie lieferte täglich bis zu 4000 Liter Milch. Durch einen Polizeibeamten, den eine Angestellte in den Kühlraum schmuggelte, wurde beobachtet, daß Bremer junior mehrere Kannen von je 20 Liter Wasser in die Wanne mit Vollmilch schüttete. In einem Falle wurde fabrikmäßigweise die Milch mit schmutzigem Badewasser gemischt. Gestohlen wurde auf dem Bremerischen Gute nach den Zeugenaussagen wohl von allen Angestellten. Sie stellten sich sicher, weil sie glaubten, daß die selbst schwer belasteten Prinzipale nicht gegen sie vorgehen könnten.

Der Skandal kam dadurch ins Rollen, daß die Kontoristin Helene Worr Gewissensbedenken hatte, die Vergehen noch weiter ruhig mitanzusehen. Sie wandte sich an den Reichstagsabgeordneten Genossen Meerfeld, der das Material dem damaligen Oberbürgermeister Wallraf unterbreitete. So wußte sich die Beweisaufnahme gestaltet, so sehr ist durch sie dargelegt, daß ohne die unmittelbare Mitwirkung von Angestellten einem landwirtschaftlichen Betriebe selbst große Unregelmäßigkeiten nur schwer nachzuweisen sind. Gegen 100 Kölner Bürger, darunter bekannte Kölner Bezirksfamilien, die zu den verbotswidrigen Abnehmern Bremers gehören, schweben noch Strafverfahren. Auch ein Verfahren wegen Verletzung von Polizeibeamten ist eingeleitet. Auffällig ist nämlich, daß mehrere Anzeigen bei der Polizei nicht fruchteten.

Max Bowers Befehung.

Der „deutsche Dichter“ Max Bower, der neulich im „Berliner Lokalanzeiger“ Wilhelm II. mit Karl dem Großen, Friedrich Barbarossa, Friedrich dem Großen und Bismarck verglich war nicht immer so. Im Jahre 1892 erschien im selben Verlag wie Ahlwardts „Judenfinten“-Broschüre eine Streitschrift zu Ehren Bismarcks, die den damals noch jungen Kaiser gleichfalls mit Bismarck verglich, aber in ganz anderem Sinne, als dies kürzlich geschah. Die „Freisinnige Zeitung“ schrieb darüber: „Die Stellen, in denen der Verfasser gegen die bekannte Düsseldorf-Rede des Kaisers polemisiert, wagen wir nicht wiederzugeben.“ Kennt Max Bower diese Schrift?

Anfragen im Reichstag.

Abg. Albrecht (L. Soz.) stellt in einer Anfrage fest, daß in den Verträgen des Bekleidungsamts des IV. Armeekorps die zum Kriegsdienst eingezogenen Handwerker mit der Herstellung von Friedensuniformen beschäftigt werden und fragt an, was der Reichstagsler gegen diese Verwendung zu tun gedenkt.

Abg. Waldstein (Sp.) wünscht zu wissen, welche Schritte der Reichstagsler getan habe, um die Befreiung der gefangenen deutschen Bevölkerung von Labora herbeizuführen. — Abg. Dr. Stresemann fragt, ob der Reichstagsler bereit sei, bei den Friedensverhandlungen dafür einzutreten, daß die Auslandsdeutschen für die ihnen zugefügten Verluste schadlos gehalten werden.

Letzte Nachrichten.

Internationale Gewerkschaftskonferenz.

Bern, 4. Oktober. Die internationale Gewerkschaftskonferenz hat heute den Beschluß gefaßt, an die Regierungen der kriegführenden Völker das Ersuchen zu richten, der Arbeiterklasse im Friedensvertrage ein Mindestmaß von Lohn und Rechten zu sichern, das in allen Ländern durchgeführt werden muß. Danach sollten in dem Friedensvertrag Bestimmungen zur Sicherung der Freizügigkeit, des Koalitionsrechts und zur Durchführung des Arbeiterschutzes aufgenommen werden. Die Konferenz hält den Friedensvertrag, der den Weltkrieg einmal beendet wird, für den geeignetsten Ausgangspunkt für ein wirksames Zusammenwirken der Völker auf dem Gebiete der sozialen Reform. Sie stellt in dieser Frage eine Reihe von Leitfäden auf.

Die internationale Vereinigung für geschäftlichen Arbeiterschutz in Basel ist im Friedensvertrag ausdrücklich als Organ zur Durchführung und Förderung des internationalen Arbeiterschutzes anzuerkennen, das von ihr unterhalten internationale Arbeiterrat hat alles sozialpolitische Material zu sammeln und in drei Hauptsprachen herauszugeben. Der Berichterstatter des Ausschusses, Jansen (Deutschland) bezeichnet diese Forderungen als Mindestmaß, denn alle kriegführenden Länder hätten so ungeheure Verluste an Volkskraft erlitten, daß mit der verbleibenden weise behutsam gehalten werden müsse; diejenigen Völker würden am schnellsten gesund, die die Bedeutung der sozialen Reformarbeit nach dem Krieg am tiefsten erkennen und weitgehende Reformen am schnellsten durchführen werden. Diese Leitfäden wurden vom Kongreß einstimmig angenommen.

Die Konferenz erwartet von den Regierungen aller an den Friedensverhandlungen teilnehmenden Länder, daß zur Festlegung des sozialpolitischen Teiles der Friedensvereinbarungen auch Vertreter der Gewerkschaften jedes Landes zugezogen werden.

Mit der Annahme dieser Resolution waren die Geschäfte der Konferenz beendet. Präsident Schneberger stellte fest, daß die Konferenz nützliche Arbeit geleistet hat; wenn es auch nicht gelungen sei, vorläufig wieder die ganze Internationale zusammenzubringen, sei doch ein Schritt auf diesem Wege gemacht worden, so daß in absehbarer Zeit eine vollständige Vereinigung erzielt werden könne.

Legien gab hierauf folgende Erklärung ab: Die Vertreter der Gewerkschaften Deutschlands erklären, daß ihre Weigerung, heute einer Sitzberlegung zuzustimmen, nicht so aufgefaßt werden dürfe, daß sie unter allen Umständen den Sitz des internationalen Gewerkschaftsbundes in Deutschland behalten wollen. Sie sind zu ihrer Stellung genötigt, weil insbesondere von den englischen Gewerkschaften gefordert worden ist, daß die Sitzberlegung gleichbedeutend mit einem Nichterkenntnis gegen Deutschland sei. Der internationale Gewerkschaftsbund kann nur erhalten werden, wenn volles Vertrauen aller Landeszentralen zueinander vorhanden ist. Sobald sämtliche Landeszentralen bereit sind, zu einer Konferenz zusammenzutreten, sind die Gewerkschaften Deutschlands bereit, über eine Sitzberlegung des internationalen Gewerkschaftsbundes ordnungsgemäß zu verhandeln.

Die Konferenz beschloß sodann einstimmig, folgendes Telegramm an die italienischen und französischen Gewerkschaften abzusenden: Sämtliche Delegierten der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern senden den Genossen der französischen und italienischen Landeszentralen ihren brüderlichen Gruß. Sie sprechen besonders den französischen Gewerkschaften ihre Anerkennung aus für ihre Bereitwilligkeit, die internationale Konferenz zu besetzen, und geben der Öffnung Ausdruck, daß Vertreter der französischen und italienischen Landeszentralen an der nächstfolgenden internationalen Konferenz teilnehmen werden, damit der Antrag auf Reorganisation des internationalen Gewerkschaftsbundes dann zur Behandlung und Erledigung komme und der internationale Gewerkschaftsbund machtvoller als je im Interesse der Arbeiter aller Länder seine Arbeit fortführen kann.

Nachdem Legien den Schweizern für ihr Bemühen, eine Verständigung aller Landeszentralen herbeizuführen, gedankt hatte, schloß Präsident Schneberger die Konferenz.

Ruhe in Turkestan.

Stockholm, 4. September. Nach letzten Berichten sind den Aserbaidschaner Maßnahmen angeordnet worden, besonders die Entsendung einer Repräsentationsmission, um die Kreise der muslimischen Bevölkerung zur provisorischen Regierung wiederherzustellen. Auf diese Weise ist der friedliche Zustand in Turkestan und Tadschik schnell wieder herbeigeführt worden, wo wieder fast normale Zustände herrschen.

Sinnfeiner-Demonstration in Dublin.

Rotterdam, 4. Oktober. Dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ zufolge wurde letzten Montag in Dublin der Sinnfeiner Thomas Ashe begraben. Das Begräbnis wurde zu einer Kundgebung benutzt. Der Leichenzug war der größte, den man seit Jahren in Dublin gesehen hatte. Abteilungen irischer Freiwilliger in Uniform und mehrere katholische Geistliche gingen im Leichenzug mit. Im Zuge wurde eine Fahne mitgetragen, auf der stand: „Wir dürfen nicht vergessen und werden nicht vergehen.“

Die Angestellten im Scherl-Verlag und das Kriegsamt.

Wie wir bereits in Nr. 200 vom 2. 8. 17 berichtet haben, hatte die Verlagsgesellschaft August Scherl & Co. in Berlin es abgelehnt, ihren kaufmännischen Angestellten die Teuerungszulage zu gewähren, die der Schlichtungsausschuss des graphischen Gewerbes für angemessen erklärte, obwohl der Schlichtungsanspruch sich nur auf der mittleren Linie zwischen Forderung der Angestellten und Angebot der Firma bewegte. Auch die Zahlung der Teuerungszulage, wozu die Firma sich vor dem Schlichtungsausschuss bereit erklärt hatte, blieb aus. Erst nachdem der Artikel über das Verhalten der Firma am 2. August im „Vorwärts“ erschienen war, ließ die Firma dem Schriftführer des Angestellten-ausschusses folgendes Schreiben zuhelfen:

„Wir machen hierdurch die Mitteilung, daß wir den von Ihnen vertretenen Angestellten, soweit sie vor dem 1. Juli 1916 bei uns in Stellung waren, trotz der Ablehnung unseres Angebots durch den Angestellten-ausschuss eine Teuerungszulage vom 1. August 1917 ab bewilligt haben.“

(gez.): Winda, Eugen Zimmermann.

Sie nach hatte die Veröffentlichung im „Vorwärts“ eine schnelle Wirkung ausgelöst. Überdies hat die Firma ihr Angebot, die Teuerungszulagen vom 1. Juli ab zu gewähren, um einen vollen Monat verschoben. Auf die deshalb vom Angestellten-ausschuss erhobenen Vorstellungen erklärten die Vertreter der Firma, Herr Ledertz und Herr Hofstein, daß die Geschäftsteilung

infolge des Vorwärtsartikels die Teuerungszulage erst vom 1. August ab gewähre,

obwohl richtiger die Gewährung tatsächlich infolge des Artikels überhaupt erst ausgesprochen wurde und sonst wohl noch länger unterblieben wäre. Die Entzweiung der Angestellten war hierüber sehr groß, als diese Tatsachen in einer Personalversammlung vom Angestellten-ausschuss bekanntgegeben wurden. Es gelangte dann auch eine Entschließung einstimmig zur Annahme, wonach die Angestellten dem Ausschuss ihr Vertrauen aussprechen und erklären, daß sie auf peinigliche von der Nichtzahlung des Schlichtungsanspruches des Schlichtungsausschusses seitens der Firma Scherl überlassen seien und deshalb den Angestellten-ausschuss beauftragen, den Schlichtungsausschuss zu veranlassen, die geeigneten Schritte zu tun, um seinem Spruche zur Anerkennung zu verhelfen.

Diesem Auftrage ist der Angestellten-ausschuss nachgekommen. In der Eingabe an das Kriegsamt wurde darauf hingewiesen, daß die Firma Scherl im „Berliner Sozial-Anzeiger“ und „Tag“ keine Gelegenheit vorbegehen lasse, um ihre vaterländische Gesinnung und ihre Bereitwilligkeit zur Förderung aller Maßnahmen zu betonen, die dem inneren Frieden und der Wohlfahrt der unter den Lasten des Krieges schwer getroffenen Volksschichten dienen können.

Um so krasser weiche sie von diesem Grundsatze ab, wo es sich um ihre eigenen Interessen handele. Die Firma sei als kriegswichtiger Betrieb anerkannt und es seien ihr deshalb Militär- und Hilfsdienstpflichtige belassen worden. Der Ausnutzung dieser Vergünstigung stehe aber auch die Pflicht gegenüber, den Schlichtungsanspruch des Schlichtungsausschusses zur Beilegung von Streitigkeiten in der sozialen Lage des Personals anzuerkennen.

Hierauf ist dem Angestellten-ausschuss mitgeteilt worden, daß die Firma sich auf nichts weiter einlasse, auch erneute Verhandlungen vor dem Kriegsamt ablehne. Sie will nach wie vor die Teuerungszulagen bewilligen. Weiter zu gehen erklärt sie jedoch

aus finanziellen Gründen

für unmöglich; sie habe auch den ihr vom Kriegsamt gemachten Vorschlag, die Teuerungszulage für alle bis zum Jahresabschluss 1916 Eingetretenen zu gewähren, rundweg abgelehnt. Weitere Verhandlungen habe der Vertreter der Firma für zwecklos erklärt, weil die Firma unter keinen Umständen mehr bewilligen könne, sondern sich damit abfinden müsse, wenn Leute von ihrem Personal, die damit nicht zufrieden, austreten würden. Den Abtrittsgeld würde die Firma den betr. Angestellten anstandslos erteilen.

Das Kriegsamt erklärt, unter diesen Umständen von einer weiteren Verfolgung der Sache absehen zu müssen. Demnach kann die Firma Scherl sich nur noch auf

Kosten ihrer circa 900 kaufmännischen Angestellten über Wasser halten.

Wenn alle Arbeitgeber solche triftigen Gründe geltend machen, dann ist der Schlichtungsausschuss überflüssig und § 12 des Hilfsdienstgesetzes wertlos. Aber auch das Kriegsamt hat hier vollständig versagt, indem es darauf verzichtet, von dem ihm zu Gebote stehenden Mitteln Gebrauch zu machen, um seinem Schlichtungsanspruch zu verschaffen. Die Wirkung ist denn auch nicht ausgeblieben. Eine große Anzahl von Angestellten ist inzwischen ausgetreten. Auch der Obmann und Schriftführer des Angestellten-ausschusses haben infolge persönlicher Benachteiligung ihre Stellungen gekündigt, während dem stellvertretenden Obmann, der durchhalten wollte, von der Firma gekündigt worden ist. Diese drei Ausschussmitglieder waren als engerer Ausschuss berufen, die Sache der Angestellten vor dem Kriegsamt zu vertreten, was ihnen den Verlust ihrer Stellungen eingetragen hat. Mehrere Ausschussmitglieder haben daher vorfristig bereits ihre Ämter niedergelegt und Ersatzmänner haben auf Eintritt in den Angestellten-ausschuss verzichtet, so daß nach viermonatiger Amtszeit demnächst Keimwunden zum Angestellten-ausschuss bevorstehen. Hat das Hilfsdienstgesetz trotz seiner sozialen Bestimmungen unter solchen Umständen noch einen Wert für die Arbeiter? Diese Frage mag das Kriegsamt selbst beantworten.

Verfügungsgewalt die dankbare Aufgabe übernehmen werde, die Maschinenindustrie durch bindende Abmachungen zur Ablieferung ausreichend gelieferter Maschinen und Apparate anzuhelfen.

Am 9. Juli hat dann der geschäftsführende Ausschuss dieses Verbandes — wie aus der im September erschienenen Nr. 16 der „Berufsgenossenschaft“ hervorgeht — getagt und er hat sich veranlaßt gesehen, über Urban ein Scherlgericht abzuhalten. Sonderbar. Gerade die Stelle, auf die Urban gebaut hatte, von der er annahm, sie werde sich ein Verdienst dadurch erwerben, daß sie offenbare Mißstände abstellen helfe, die fällt ihm in den Rücken. Der geschäftsführende Ausschuss empfahl den Antrag, der Nahrungsmittel-Vereinsgenossenschaft, deren Angestellter Urban ist, mitzuteilen, daß man mit Bedauern von den Ausführungen und Beschlüssen der Vereinsgenossenschaft zu schädiigen, Kenntnis genommen habe und darum bitten müsse, Herrn Urban hiervon in Kenntnis zu setzen. Nach der „Berufsgenossenschaft“ hatte die Sache folgenden Ausgang:

In der an diesen Bericht sich anschließenden Aussprache ist man übereinstimmend der Meinung, daß die beanstandeten Ausführungen und Angriffe des Herrn Urban unberechtigt sind und schärfste Zurückweisung verdienen. Der Verband der Berufsgenossenschaften werde jedoch nicht das Amt eines Seniors übernehmen und Herrn Urban durch Vermittlung der Nahrungsmittelindustrie-Berufsgenossenschaft eine Art Verwarnung erteilen, zumal seinerzeit das Vorgehen des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten bei Aufstellung der Normal-Unfallverhütungsvorschriften auch in weiten Kreisen der Berufsgenossenschaften große Mißstimmung hervorgerufen habe. Der Verband werde sich zweckmäßig darauf beschränken, zu erklären, daß er und die Berufsgenossenschaften sich dagegen verwahren müßten, daß sie sich nicht genügend um die Unfallverhütung kümmern.

Wir bitten, auf den von uns unterstrichenen Satz zu achten, in dem rund und nett zugegeben wird, daß Urban recht hat. Wenn dann der geschäftsführende Ausschuss noch nebenher sich gegen „Vorwärts“ wehren zu müssen glaubt, die ihm von Urban gar nicht gemacht worden sind, nun, jeder zückt sich den Rock an, der ihm paßt. Wird aber denn wirklich bei der Unfallverhütung alles getan, was sich tun läßt? Allein bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften wurden im Jahre 1914 514 975 Unfälle gemeldet, und diese Zahl ist sogar noch unvollständig; 5002 Unfälle waren tödlich, 290 führten zu völliger und 20 319 zu dauernd teilweiser Erwerbsunfähigkeit, vorübergehend sind 39 970 Personen enttäuscht worden. Sagen solche Zahlen dem geschäftsführenden Ausschuss dem gar nicht? Glaubt er wirklich, daß sich ihm im Sinne der Urbanschen Anregungen nichts mehr zu tun ist?

Allerdings, für Urban ist beläsend, daß, wie in der Sitzung betont wurde, die sozialdemokratische Presse seine Fehler beifällig aufgenommen hat. Falls der geschäftsführende Ausschuss es übersehen haben sollte, wollen wir ihn darauf aufmerksam machen, daß wir kürzlich, in Nr. 180, auch anerkannten, daß sich die Berufsgenossenschaft auf ihrer Tagung gegen das Rundschreiben des Reichsversicherungsamtes vom 20. Dezember 1916 gewandt hat. Wir freuen uns über alles, was zugunsten der Arbeiter getan wird, namentlich aber dann, wenn wir dort einmal Licht sehen, wo sonst nur Schatten ist. Wird der zuletzt erwähnte Beschluß nun etwa revidiert?

Nicht gut paßt zu dem Beschluß des geschäftsführenden Ausschusses gegen Urban übrigens eine Besprechung des in der Hauptstadt angegriffenen Urbanschen Buches: „Unfallverhütung im Fabrikbetrieb“ in der Monatschrift für Arbeiter- u. Angestelltenversicherung, die mit folgenden Worten schließt: „Herborzubeden ist noch die erste und warmherzige Art, mit welcher Urban für wirksamsten Arbeiterschutz eintritt in voller Erkenntnis dessen, daß die wertvollen Kräfte unseres Volkes ein Anrecht darauf haben, vor den Unfallgefahren ihres Berufes in weitgehendster Maße geschützt zu werden.“ Diese Erkenntnis wünschen wir auch dem geschäftsführenden Ausschuss des Verbandes deutscher Berufsgenossenschaften.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittig. Mild und zeitweise aufklarend, jedoch warm, trübe, mit weit verbreiteten, im Norden vielfach härteren, im Süden mäßigen Regenfällen.

Verantwortlich für Politik: Erik Lüttner, Berlin; für den äußeren Teil des Staates: Wlad Schöck, Potsdam; für Industrie: Dr. Meier, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW.

Stier 1. Klasse und Unterhaltungskunst.

Gewerkschaftsbewegung

Vom Ernährungsausschuss bei Siemens u. Halske,

unterzeichnet vom 1. und 2. Obmann, geht uns eine Zuschrift zu, in der um eine Richtigeinstellung unserer Mitteilung im „Vorwärts“ vom 23. September gebeten wird. Es sei nicht richtig, daß die Firma auf Ansuchen der Arbeiter und auf eine Beschwerde beim Reichsmarineamt hin einen Ernährungsausschuss ins Leben gerufen habe. Richtig sei vielmehr folgendes:

Nachdem Differenzen zwischen der Firma und einem Teil der Arbeiter wegen Lebensmitteln eingetreten war, erklärte die Firma, einen Lebensmittelausschuss zu gründen, welcher aus der freien Wahl der Arbeiter unter sich hervorgehen sollte. Die Bitte um Vermittlung an das Reichsmarineamt wurde von Seiten der Arbeiter erst später abgelehnt.

Die Differenzen zwischen der Firma und den Arbeitern wegen der Lebensmittel werden also zugegeben. Und warum die Bitte um Vermittlung an das Reichsmarineamt, abgleich die Direktion die Wünsche der Arbeiter angeblich erfüllt hatte?

Direktion: Max Reinhardt, Deutsches Theater, 7 Uhr: Der Lehende Leichnam, Sonnabend: Faust I, Sonntag 2 1/2 U. (halbe Preise): Minna von Barnhelm, Kammerstücke, 8: Eine glückliche Ehe, Sonnabend: Fasching, Sonntag 2 1/2 U. (halbe Preise): Gespenster, Volkshöhne, Theater am Blowerplatz, Untergrund, Schönha. Tor, 7 1/2 Uhr: Hedda Gabler, Sonnabend: Othello.

Theater d. Königgrätzerstr., 7 1/2 U.: Der Katzensteg, Komödienhaus, 7 1/2 Uhr: Stahl und Gold, Die beiden Sechende, Berliner Theater, 7 1/2 U.: Die tolle Komödie.

WINTER-GARTEN, Gastspiel: Anna Gaszewska, Prima-Balocina von der Groß-Oper in Warschau und Jan Trojanowski, Hofballermeister von d. Kgl. Oper in Dresden mit ihr. Polnische Ballett Tänze von Chopin, Schubert u. Schumann, Dazu der glänzlich neue Varieté-Spielplan.

Zirkus A. Schumann, Bahnhof Friedrichstraße, Anfang 8 Uhr, Letzte Saison in Berlin, Das mit so großem Beifall aufgenommene equestre Sport-Programm, 10 der besten 10 Spezialitäten, Nadebura, exotischer Dressur-Akt, 8 Franconis 8, Zum Schluß: Schnitzeljagd.

Theater für Freitag, den 5. Oktober, Central-Theater, Kommandantenstraße 57, 7 1/2 U.: Die Csardasfürstin, Sonntag 3 1/2 U.: Das Glück im Winkel, Deutsches Opernhaus, 7 Uhr: Nanon.

Friedrich-Wilhelmstheater, Zum 600. Male, 7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus, Lola Artot, G. Bergnan u. G., Kleines Theater, 7 1/2 Uhr: Bürger Schippel, Komische Oper, 7 1/2 U.: Schwarzwaldmädchen, Sieg. 3 1/2 U.: Die Dose Sr. Majestät.

Lustspielhaus, 7 1/2 Uhr: Die blonden Mädchen von Lindenhof, Residenz-Theater, 7 1/2 Uhr: Dyckerpotts Erben.

National-Theater, 8, Göpender Str. 68, Täglich! Größter Lachertag! Das ist die Liebe! Auff. von Walter Bromme, Beruf. ab 10-2 u. 6 U. abds.

Trianon-Theater, Georgenstr., Ehf. Friedrichstr., 7 1/2 U. Allabendlich 7 1/2 U., Der Lebensschüler, Schauspiel von Ludwig Falda, Kaiser-Tita, Ida Wüst, v. Möllendorff, Kettner, Flink, Sonntag 3 1/2 U.: Johanneisfeuer.

Reichshallen-Theater, Stettiner Sänger, Anfang 7 1/2 Uhr, Jed. Sonntag nachmittags 3 Uhr, Vorstellung z. ermäßigten Preisen! Logen 1 M., Parkett 75 Pf., Eintritt 30 Pf., Billetts schon heute!

Metropol-Theater, 7 1/2 U.: Die Rose von Stambul, 8 Uhr: Die Kaiserin, Neues Operettenhaus, Schiffbd. 4a, Kausant. N. 281, 7 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie.

Schiller-Theater O, 7 1/2 Uhr: Der Revisor, Schiller-Th. Charl., 7 1/2 Uhr: Die Distel, Thalia-Theater, 7 1/2 Uhr: Egon und seine Frauen.

Theater am Nollendorfsplatz, Heute geschlossen, Sonnab. z. 1. Male: Drei alte Schachteln, Theater des Westens, 7 1/2 Uhr: Der verfluchte Herzog mit Guido Thielscher.

Rose-Theater, 7 1/2 Uhr: Stahl und Gold, Hierauf: Der Weiberfeind.

Palast, 11 Tel. 7 1/2, Sonntag 3 1/2 u. 7 1/2 U., W. Hartstein, in dem Schwank.

„Der lustige Witwer.“, Paroer: 10 Deutscha-Pala, Tanasterno, Hans Immas, weisse Dackel, 3 C. Caeser, 3 Barzhal's, Democritus, 9 Larsons.

URANIA, 8 Uhr: Das Oberengadin und der Splügen.

Busch, Täglich 7 1/2 Uhr, Sonnabend und Sonntag 3 1/2 u. 7 1/2 Uhr: Das ausgezeichnete Oktober-Programm u. a. das Rätsel am Magnet, die Operettenstard, usw.

Medi, Puppechen, Einlage: Zum Komplex entschlossen — Zum Frieden bereit! Zeitbild v. Richard Wilde, Musik v. Leopold Maas, Zum Schluss: Die 3 Pierrots, Ein lustiges Spiel.

3 1/2 Uhr: Sonnabend nachm. 3 1/2 Uhr: Große Sonder-Vorstellung, 1 angehörig, Kind Sitap, frei!

Apollo, Friedrichstraße an der Kochstr., Allabendlich 7 1/2 Uhr: Fregolia, Paul Beckers und das große Oktober-Programm, Kaase ab 10 Uhr geöffnet.

Walhalla-Theater, 7 1/2 Uhr: Zigeuner, Berber: Stahl und Gold, Voigt-Theater, Sadstr. 38, Saasstr. 58, Täglich 7 1/2 Uhr: Wenn der Flieder blüht...

Sonntag, den 7. Oktober, nachm. 3 Uhr bei dem Streiten: Berlin bleibt Berlin, Abends 7 Uhr: Wenn der Flieder blüht...

Kerkau-Palast, Behrenstraße 43, Im 1. Stock Punkt 5 U. nm: Marionetten, Unt. ander. ward. vorgef.: Franciska Kaufmann, Lucie Kieselhausen, Klassische Tänze, Sent M'ahesa, Orientalische Tänze, Robert Steidl, Gebrüder Wille, Hand- u. Kopf-Akrobaten, Salerno, der berühmte Jongleur, Biandei, am Schwungseil, Tolo.

der unverwundl. Clown, Hochintress. f. Erwachsene und Kinder, jung und alt, Keine erhöhten Preise für Getränke erster Güte, Eintritt u. Garderobe frei, d. allbekanntesten Gottschalk-Kap.

Konzert, der unverwundl. Clown, Hochintress. f. Erwachsene und Kinder, jung und alt, Keine erhöhten Preise für Getränke erster Güte, Eintritt u. Garderobe frei, d. allbekanntesten Gottschalk-Kap.

Casino-Theater, Lothninger Straße 37, Täglich 7 1/2 Uhr: Blücher'scher Damm! Gr. Erfolg! Die Schlingenspiele, Seivaten mußte! Border der neue buntes Zell, Sonntag 4 Uhr: Gaste, die Paris.

Admirals-Palast, Die Novität, Abtrakadabra, Großes phantastisches Ballett auf dem Eise, 7 1/2 U. Vorzähl. Küche.

BÜCHER UND ZEITSCHRIFTEN, jeder Art liefert die Buchhandlung Vorwärts Berlin, 57, 68, Lindenstr. 3, Bestellungen nimmt jede Filial-Expedition sowie die Zeitungsträgerin an.

Gewerkschaftshaus, Sonntag, den 7. Oktober 1917: Im großen Saal veranstaltet die 6. Lehrlingsabteilung des Turnvereins „Fichte“ ihr

20. Stiftungsfest, Im Mahagonisaal, erweiterter Restorationsbetrieb mit der bulgarischen Damentafel Paula, Margon und Bogania, Großes Gänsebraten-Essen a Portion 4 M. mit Zubehör.

Sonntag mittig: Blumenkohluppe 0,00, Entenbraten 3,00, Scherfisch mit Sauce 2,00, Spantisch 3,00, Rhein-Rüben mit Beilage 2,00, Stempert ober Salat.

Heute und morgen: Hühnerbrähe, und darin gekochte Hühner, ein Kalb 5,00 M., Ein Posten rohe Gänse- und Entenkleine, gemischt, a Pfd. 3,00 M., Ein Posten fette Hühner, a Pfd. 5,00 M., Ein Posten fette Enten.

Abid! Sonnabend, den 13. Oktober 1917: Gewerkschaftskonzert (populärer Kunstabend), veranstaltet von den Rühmern, Herrn Felix Gutdeutsch, Herrn Prof. Heinrich Grünfeld, Opernsängerin Fräulein Käthe Jaens, Herrn Bauer, Herrn Seidler-Winkler, Herrn Fritz Becker und Herrn Friedrich Kulicke.

Zum Vortrag gelangen u. a.: Arie aus der Oper „Margarete“ von Gounod, Heberdstein von Schubert, Ung. Kapelle (Cello solo) von Voelker, Träumerei (Beethoven) von Schumann, Eröffnung 7 Uhr. — Anfang 8 Uhr.

Berliner Konzerthaus, Mauernstr. 82, Zimmerstr. 90/91, Heute: Großes Konzert des Berliner Konzerthaus-Orchesters, Leiter: Komponist Franz von Blon, Anfang 7 Uhr, Eintritt 30 Pf., Anfang 7 Uhr, An allen Wochentagen Nachmittags-Konzert bei freiem Eintritt und voller Orchesterbesetzung.